

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Josef Becker

Die Deutsche Zentrumspartei
1918 — 1933

Günther Müller

Sozialdemokratie und
Kolonialpolitik vor 1914

B 11/68

13. März 1968

Josef Becker, Dr. phil., Oberassistent am Seminar für mittlere und neuere Geschichte der Universität Erlangen-Nürnberg, geb. 6. Februar 1931 in Buchen (Baden).

Veröffentlichungen u. a.: Mehrere Studien zur Innenpolitik in der Weimarer Republik in der „Historischen Zeitschrift“, den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ und anderen Fachorganen; Herausgeber von: Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878—1949, Stuttgart 1964.

Günther Müller, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, geb. 27. September 1934 in Passau, 1956 Landesvorsitzender der sozialdemokratischen Studenten in Bayern, 1957 Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten in Südbayern, 1963 Wahl zum Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten; zahlreiche Veröffentlichungen zu historischen und politischen Fragen.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich Mehrwertsteuer DM 0,29) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Deutsche Zentrumspartei 1918–1933

Grundprobleme ihrer Entwicklung

In einer charakteristischen Koinzidenz sind die Anfangs- und Enddaten einer Epoche der jüngeren deutschen Geschichte identisch mit den Daten der Gründung und des Untergangs der Deutschen Zentrumspartei. 1870 im Zeichen der kleindeutschen Einigung unter der protestantischen Kaisermacht als politische Interessenvertretung des deutschen Katholizismus gebildet und im harten innenpolitischen Konflikt mit Bismarck geprägt, sollte das Zentrum auch die innere Zerstörung des Bismarckschen Werkes im Jahre 1933 nicht überleben. Damit verschwand der markanteste Exponent jener „in sich geschlossenen Sondergesellschaft“¹⁾ des deutschen Katholizismus, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in der Konfrontation mit der heraufziehenden bürgerlich-liberalen Industriegesellschaft und ihrer spezifischen Kultur- und Staatsidee entstanden und in der Reaktion auf die historischen Entscheidungen von 1866/1870 mit dem nachhaltig wirkenden Kulturkampf im Gefolge zum Teil in einer Art nationaler Gettosituation entscheidend geformt worden war.

Die Geschichte des Zentrums zwischen 1918 und 1933 kann daher nicht als eine gleichsam hermetisch abgrenzbare Phase betrachtet werden. Insofern sie im Rahmen der nationalen

Gesamt- wie der partikularen Parteigeschichte seit Bismarck in eminentem Sinne „Nachgeschichte“ (D. Gerhard) darstellt, wird sie sich immer nur im Rückblick auf die voraufgegangenen sechs Jahrzehnte deutscher Geschichte historisch erschließen. Dies sei hier kurz vermerkt und für die kommende Betrachtung einiger Grundprobleme der Zentrumspartei während der 14 Jahre der ersten deutschen Republik festgehalten. Ich wende mich dabei zunächst den Problemkreisen von Wählerschaft und Parteistruktur, das heißt den Aspekten

Günther Müller:

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik

vor 1914 S. 16

des Zentrums als einer konfessionellen Interessenvertretung und einer Volkspartei zu. Danach werde ich den Fragenkomplex „das Zentrum als Verfassungspartei und Mittelpartei“, das heißt seine Stellung zur Republik und in der parlamentarischen Demokratie erörtern. Eine Antwort auf die immer wieder anklingende Frage nach potentiellen Alternativen in der Parteientwicklung zwischen 1918 und 1933 und ihren realen Chancen will ich abschließend zu geben versuchen²⁾.

I. Partei, Konfession, Kirche

in das Zentrum wurde man hineingeboren“. Einer der prominentesten Zentrumsparlamentarier der zwanziger Jahre beantwortete gelegentlich die Frage nach dem Datum seines

Eintritts in die Zentrumspartei mit der Feststellung: „In das Zentrum trat man nicht ein, Diese Bemerkung ist für das Selbstverständnis der Partei in doppelter Hinsicht aufschlußreich. Sie macht einerseits schlagartig den Anspruch

¹⁾ Theodor Eschenburg, Carl Sonnenschein, in: ders., Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963, S. 110.

²⁾ Zur historischen Literatur über die Zentrumsgeschichte (vor allem zu den Arbeiten von R. Morsey, E.-W. Böckenförde, K. u. H. Buchheim, E. Deuerlein, H. Lutz und J. K. Zeender) vgl. jetzt den instruktiven Überblick von Peter Haungs, Die Zentrumspartei in der Weimarer Republik, in:

Überarbeiteter Text eines Vortrags, der am 4. August 1967 auf der 13. deutsch-französischen Historiker- und Geschichtslehrertagung in Königswinter gehalten wurde. Eine gekürzte Fassung erscheint gemeinsam mit den übrigen in Königswinter vorgetragenen Referaten in einem von Oswald Hauser herausgegebenen Sammelband beim Franz Steiner Verlag, Wiesbaden.

Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, 6, 1967. Für die Anfangsjahre der Weimarer Republik stütze ich mich bei meiner Darstellung vor allem auf das grundlegende Werk von Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, das für den Gang der Forschung charakteristische Bewertungsunterschiede aufweist zu der die neuere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zentrum einleitenden Untersuchung des gleichen Verfassers: Die Deutsche Zentrumspartei [1928–1933], in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960 (vgl. hierzu meine Rezension in: Der Staat 7, 1968). Umfangreichere Memoiren aus den Reihen des Zentrums liegen bislang nur von dem Reichsfinanzminister der Jahre 1927/28 vor (Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964).

deutlich, die (wie eine geläufige Selbstcharakteristik lautete) „politische Vertretung des katholischen Volksteils“ darzustellen, und weist andererseits darauf hin, daß sich das Zentrum als eine Partei *sui generis* begriff: Geht man von der beanspruchten Rekrutierungsart ihrer Wähler und Mitglieder aus, so weist sie eher Ähnlichkeit auf mit den Institutionen Staat und Kirche, in die man (in der Regel) ebenfalls hineingeboren wird, als mit jenen auf mehr oder weniger freier Werbung, gemeinsamen Sozialinteressen und politischen Zielvorstellungen beruhenden Kampforganisationen, als welche sich Parteien grob definieren lassen. Wenden wir uns zunächst dem Anspruch zu, die politische Repräsentanz jener rund 20 Millionen deutscher Staatsbürger darzustellen, welche in den Grenzen der Weimarer Republik als Mitglieder der katholischen Kirche registriert waren und etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Reiches ausmachten.

Im Zeichen des Kulturkampfes hatte die alte Zentrumspartei im Jahre 1881 mit 86,3 % aller wählenden Katholiken den größten Anteil ihrer geborenen Wähler für sich mobilisieren können. Nach einer kontinuierlichen Abnahme seit dem Abflauen der Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche konnte das Zentrum in den Jahren nach 1919 noch auf rund 60 % der votierenden Katholiken rechnen. Diese Höhe war allerdings nur dank der Einführung des Frauenstimmrechts zu erreichen und — bei fortlaufend schwacher prozentualer Abnahme — in etwa zu halten. Mehr als ein Drittel aller wählenden Katholiken gab demnach sein Votum nicht dem Zentrum, sondern andern politischen Richtungen. Unter ihnen erhielten 1932 (bezogen auf die Gesamtzahl der katholischen Stimmberechtigten) die SPD 15 %, KPD und Nationalsozialisten je 10 % und die Deutschnationalen 4 %³⁾.

Trotz dieses langjährigen Prozesses einer allmählichen Desintegration der relativen politischen Einheit des deutschen Katholizismus boten die 61 bis 69 % der bekenntnistreuen Katholiken, welche im Reichsdurchschnitt bis 1933 Zentrum wählten, der Partei eine noch bis zur ersten Wahl nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht entscheidend erschütterte feste Basis. Von 3,5 Millionen Wählern im Jahr 1920 stieg die Stimmenzahl des Zentrums — mit einer wichtigen Zäsur 1928 — im Sommer 1932 auf die absolute Höhe von 4,5 Millionen, was 75 Reichstagsmandaten entsprach. Bei der Märzwahl 1933 gingen die Stimmen der Zentrumspartei nur um 200 000 zurück, so daß ihre parlamentarische Repräsentanz auch jetzt lediglich um 2 % unter dem langjährigen Durchschnitt von etwa 13 % des Plenums sank.

Diese vielbeschworene Stabilität des „Zentrumsturms“, die allerdings keineswegs mit einer monolithischen Einheit gleichgesetzt werden kann, machen vor allem folgende Faktoren verständlich:

1. das durch die Bismarcksche Reichsgründung und ausschlaggebend durch den Kulturkampf geprägte konfessionelle Minderheitenbewußtsein;
2. die von Klerus und kirchlichen Organisationen (trotz des Rückgangs der traditionellen „Kaplanokratie“) nach wie vor gewährte Unterstützung in der Parteiarbeit und
3. die vom Episkopat vor allem anlässlich der Wahlen wiederholt ausgesprochene faktische Anerkennung der kirchen-, konfessions- und kulturpolitischen Monopolstellung des Zentrums.

In der Situation nach 1918 kam dieser faktischen Anerkennung des Zentrums als der politischen Vertretung des deutschen Katholizismus durch die Amtskirche eine um so größere Bedeutung zu, als jetzt erstmals diese Repräsentanz ernsthaft bestritten werden konnte. Unmittelbar nach dem Novemberumsturz hatte sich in der Auseinandersetzung um den unitarisch-republikanischen Linkskurs Erzbergers die monarchistisch-konservative Bayerische Volkspartei vom Zentrum abgespalten. Ihr folgten — ausgehend vom linken Parteiflügel — die Gründung einer Christlich-sozialen Bewegung und, weit bedeutsamer, die Bildung eines Deutschnationalen Katholikenausschusses.

Die Rechtskatholiken, deren wichtigster Vertreter zunächst der frühere Straßburger Historiker Martin Spahn, später Franz von Papen war, stellten weniger ihrer Zahl nach die intendierte und prätendierte politische Einheit der deutschen Katholiken in Frage. Von Gewicht war ihre Existenz durch die vorwiegende Herkunft ihrer Anhänger aus Adel, höherem Bürgertum und Akademikerschaft sowie — nicht zuletzt — durch die Beziehungen zum hohen Klerus und zur römischen Kurie. In ihrer Frontstellung gegen die parlamentarisch-demokratische Republik brandmarkten sie in einer massiven propagandistischen Tätigkeit das politische Zweckbündnis des Zentrums mit der SPD als einen Verrat an den politischen, vor allen an den kulturpolitischen Idealen des

³⁾ Vgl. Johannes Schauff, Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928, und (für die Prozentzahlen am Ausgang der Republik): Konrad Repgen, Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz (Saarbrücker Universitätsreden 6), Saarbrücken 1967, 21.

deutschen Katholizismus. In einem bis 1933 in den Reihen des Zentrums nicht völlig überwundenen „Verfassungsstreit“ (E. Deuerlein) bezichtigten sie das Zentrum, es habe mit seiner Zustimmung zur Weimarer Reichsverfassung den widerchristlichen Grundsatz der Volkssouveränität gebilligt und so die Prinzipien christlicher Staatsauffassung verleugnet. Damit war die Legitimation der Partei, als politischer Sprecher des deutschen Katholizismus aufzutreten, prinzipiell bestritten und — was erschwerend hinzu kam — die kirchenpolitische Monopolstellung in Frage gestellt von einer Gruppe bekenntnistreuer Katholiken, die ihren politischen Standort in einer als konservativ geltenden Partei außerhalb des Zentrums hatten ⁴).

Der politische Alleinvertretungsanspruch des Zentrums für den deutschen Katholizismus und die kirchenpolitische Monopolstellung der Partei wurden aber nicht nur durch die Abspaltung auf dem rechten und linken Parteiflügel gefährdet. Zusätzlich fragwürdig machte sie der verfassungspolitische Wandel in Deutschland seit 1918. Das Weimarer Verfassungswerk beseitigte die letzten Reste einer imparitätischen Behandlung der Kirchen im gesamten Reichsgebiet und gewährte ihnen das Höchstmaß einer dem Staat noch irgendwie eingeordneten Autonomie. Auf dem kirchenpolitischen Feld konnte jetzt die Verfassungsgarantie an die Stelle der Schutzfunktion der Partei treten. Ähnlich wurde mit der Sicherung der staatsbürgerlichen Parität in der Verfassungspraxis dem konfessionspolitischen Moment sein grundsätzliches Gewicht entzogen: Die Partei wandelte sich aus einer defensiven konfessionspolitischen Kampforganisation zu einem konfessionspolitischen Patronageinstrument (mit beschränkter Effektivität ⁵). Damit hatten zwei der drei Faktoren Kirchen-, Konfessions- und Kulturpolitik, denen das Zentrum vor 1918 seine Stabilität verdankte, erheblich, wenn nicht entscheidend an Bedeutung verloren. Welche Rolle die Kulturpolitik als Integrationsfaktor weiterhin spielen konnte, wird später noch zu präzisieren sein.

Hier ist zunächst noch ein letztes Moment zu erwähnen, das die Stellung des Zentrums als politische Vertretung des katholischen Volksteils berührte. Es sind die Rückwirkungen, die von der Neuorientierung der römisch-kurialen Kirchenpolitik im Zeichen der „Katholischen Aktion“ ausgingen. Mit ihr suchte die römische Kirche jenen politischen Desintegrationsprozeß im Bereich des Katholizismus aufzufangen, der symptomatisch beim Problem des „Ralliement“ im Frankreich der dritten Republik deutlich geworden war. Angesichts der durch die

staatlichen und sozialen Umwälzungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges weiter vorangehenden Aufsplitterung der Katholiken in Monarchisten und Republikaner, Konservative und Sozialisten, Demokraten und Faschisten schien das zuletzt noch von Leo XIII. aufgestellte Postulat der politischen Einheit der jeweiligen nationalen „Katholizismen“ nur mehr auf der weltanschaulichen Ebene und kraft einer weitgehenden Entpolitisierung möglich. Dies war der Zweck der „Katholischen Aktion“. Ihm entsprach als Korrelat und Bedingung eine „Generalauseinandersetzung mit dem modernen religiös-neutralen Staat“ (Ludwig Kaas), wie er mit den Konkordaten der zwanziger und dreißiger Jahre unternommen wurde. Völkerrechtliche Garantien sollten jetzt die Sicherung kirchlicher Rechte durch konfessionell fundierte Parteien ablösen, deren Schutzfunktion in der weltweiten Krise des liberalen Parlamentarismus zunehmend in Frage gestellt wurde. Die Preisgabe der Democristiani Don Sturzos ist die bekannteste Konsequenz dieser kirchenpolitischen Konzeption.

Für Deutschland wurde die „Katholische Aktion“ auf dem Magdeburger Katholikentag im Herbst 1928 verkündet. Obwohl oder gerade weil die Partei (von Teilen des Klerus unterstützt) sich mit der Feststellung beeilte, die „Katholische Aktion“ finde in Deutschland die gegebenen Formen ihrer Realisierung bereits in den katholischen Verbänden und der Zentrumspartei vor, war es offensichtlich, daß die „Katholische Aktion“ sofort als eine potentielle Gefährdung des kirchenpolitischen Alleinvertretungsanspruchs verstanden wurde.

In ganz ähnlicher Weise war die Resonanz auf die römische Konkordatspolitik in weiten Teilen der Partei auf eine kritische Skepsis eingestellt. Das Argument „*Qui trop embrasse, mal étreint*“, mit welchem der badische Parteivorsitzende Prälat Schofer für sein Land auf die Konkordatsinitiative von Nuntius Pacelli negativ reagierte, mag hierfür charakteristisch sein. Diese Ablehnung zielte zwar zunächst auf die erwarteten negativen Konsequenzen für die in Baden bislang so erfolgreiche Linkskoalition, umschloß aber auch die Überzeugung, daß die Basis des Zentrums durch einen konkordatären Vertragsabschluß weiter be-

⁴ Im Folgenden schließe ich mich weitgehend meinem Aufsatz „Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland“ an (in: Die Welt als Geschichte 23, 1963; ergänzter Neudruck in: Von Weimar zu Hitler, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln/Berlin 1968).

⁵ Hierzu siehe Wolfgang Runge, Politik und Beamtenentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.

schnitten und so die Existenz der Partei als der einzig effektiven Garantie des Bestandes der kirchlich-konfessionellen Rechte berührt werde.

Die veränderten Voraussetzungen für das traditionelle Verhältnis des Zentrums zum deutschen Katholizismus hätten kein so exzeptionelles Gewicht besessen, wenn für die Partei das kirchenpolitische Moment von sekundärem Rang gewesen wäre. Nun war aber, wie es ein katholischer Publizist Mitte der zwanziger Jahre formulierte, der „unbedingte Primat der Kirchenpolitik ... im deutschen Katholizismus so stark, daß ... die Existenz des Zentrums überhaupt gefährdet erschien, weil ihm die kirchenpolitische Monopolstellung abgesprochen wurde“⁶⁾. Auf diesem Hintergrund wird ein Ereignis verständlicher, das den tiefsten Einschnitt in der inneren Parteigeschichte des Zentrums während der Weimarer Republik markiert und das in den vergangenen Jahren in seiner Bedeutung und in seinen Ursachen heftig umstritten war: die im Spätjahr 1928 auf dem Kölner Parteitag vollzogene erstmalige Wahl eines Geistlichen, des Prälaten Kaas, zum Vorsitzenden der Gesamtpartei. Es entsprach, so darf wohl festgestellt

werden, einer einfachen historisch-politischen Logik, daß in dem Augenblick, da dem Zentrum durch die langsam fortschreitende politische Aufspaltung, durch den verfassungspolitischen Umbruch von 1918/19 und durch den neuen Kurs der römischen Kirchenpolitik die Voraussetzungen als allgemein anerkannte „politische Vertretung des katholischen Volksteils“ entzogen schienen oder von Rechts- wie Linkskatholiken bestritten wurden, die Partei diesen Alleinvertretungsanspruch durch eine geistliche Spitze sichtbar demonstrierte.

Indessen wäre es verfehlt, die Entscheidung des Kölner Parteitags zugunsten der Parteiführung durch einen Kleriker allein mit der bislang dargestellten Problematik der Beziehungen von Partei und „katholischem Volksteil“, von Partei und Kirche erklären zu wollen. Diese Problematik ist nicht geeignet, die ausschlaggebende, ja nicht einmal die primäre Begründung für die Wahl des Prälaten Kaas zu liefern. Diese Wahl hat ihre entscheidenden Voraussetzungen und Bedingungen in der sozialen Struktur der Partei, in dem Charakter des Zentrums als einer Volkspartei.

II. Die Volkspartei und ihre soziale Strukturproblematik

Edmond Vermeil hat Anfang der dreißiger Jahre in einem Aufsatz zum Thema „Demokratie und Partei in Deutschland“ das Zentrum als das „vielleicht ... soziologisch verwickelteste Gebilde“ unter den deutschen Parteien bezeichnet⁷⁾. Angesichts des späten Beginns einer intensiveren Erforschung der Zentrums-geschichte nimmt es nicht wunder, daß es bislang noch keine umfassenderen Untersuchungen über die Sozialstruktur der Wähler- und Mitgliederschaft des Zentrums gibt. Quellenmangel zwingt sogar dazu, bei den Mitgliederzahlen — es werden maximal 200 000 bis 300 000 angenommen — mit Vermutungen zu arbeiten. Reichlich global läßt sich jedoch feststellen, daß in der Partei das mittelständische Element überwog. Je nach den regionalen Unterschieden schlug dabei eine stärker agrarische, städtisch-kleinbürgerliche oder auch — dank der christlichen Gewerkschaften — „proletarische“ Färbung durch. Bürgerlich-mittelständisches Honoratiorentum dominierte vielfach in der Parteiorganisation. Diese erfuhr — das sei hier noch eingeflochten — ihren eigentlichen Ausbau erst nach 1918, ohne daß die organisationssystematische Zwitterstellung zwischen dem Typus einer Partei mit indirekter Struktur und einer liberalen Honoratioren-

bzw. Wählerpartei völlig im Sinne einer modernen Massen- oder Integrationspartei überwunden wurde.

Für die Wählerschaft des Zentrums läßt sich eine der Sozialstruktur des deutschen Katholizismus im großen und ganzen analoge Struktur unterstellen, zumal, da die Zahl der nicht-katholischen Zentrumswähler immer verschwindend gering blieb und auch bei der Reichstagswahl unmittelbar nach dem Sturze Brüning's im Sommer 1932, als ihr Anteil am stärksten anstieg, kein wirklich erhebliches Gewicht erreichte. Die breite Basis der Sozialpyramide des deutschen Katholizismus bildeten am Ausgang des Kaiserreichs Industriearbeiterschaft und Kleinbauerntum⁸⁾. Auf

⁶⁾ Karl Neundörfer, Die Problematik der Deutschen Zentrumspartei, in: ders., Zwischen Kirche und Welt. Ausgewählte Aufsätze aus seinem Nachlaß, hrsg. v. Ludwig Neundörfer und Walter Dirks, Frankfurt a. M. 1927, S. 167.

⁷⁾ Edmond Vermeil, Demokratie und Partei in Deutschland, in: Demokratie und Partei, hrsg. von Peter Richard Rohden, Wien 1932, S. 188.

⁸⁾ Vgl. Clemens Bauer, Der deutsche Katholizismus und die bürgerliche Gesellschaft, in: ders., Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile, Frankfurt a. M. 1964, S. 42 f.

dieser Grundlage ruhten eine relativ breite Schicht neuen Mittelstandes, zu dem auch der katholische Anteil am nichtakademischen Beamtentum zu rechnen ist, und eine ebenso breite Schicht alten Mittelstandes. Sie setzte sich innerhalb der ländlichen Bevölkerung aus Mittel- und Großbauern, innerhalb der städtischen Bevölkerung aus handwerklichem, kleinunternehmerischem und händlerischem Mittelstand zusammen. Auf diesen breiten Unter- und Mittelbau folgte nach oben eine sehr dünne Schicht wirtschaftlich unabhängiger und selbständiger mittelgroßer Unternehmer und schließlich die relativ dünne Schicht der Akademiker in Beamtentum und freien Berufen, zu welcher bis zu einem gewissen Grad auch der Klerus zu rechnen ist. Als Spitze dieser Sozialpyramide kann der katholische Adel gelten.

In dieser Sozialpyramide fehlten also weitgehend die Elemente, welche die „bürgerliche Gesellschaft“ des 19. Jahrhunderts konstituierten und Vorkämpfer der nationalstaatlichen Bewegung wie des industriellen Kapitalismus waren. Dies sei hier nur beiläufig notiert. Wichtig in unserem Zusammenhang ist zunächst, daß der deutsche Katholizismus und damit die Wählerbasis des Zentrums in ihrer Sozialstruktur die nationale Gesellschaft mit der erwähnten Einschränkung noch einmal abbildeten. Mit Recht konnte daher die Partei den Anspruch erheben, daß sie im Unterschied zu den anderen deutschen Parteien einen „Staat im kleinen“, einen „politischen Mikrokosmos“ darstelle.

Damit wird aber auch die eigentliche Existenzfrage des Zentrums deutlich: nämlich das Problem der Integration der politischen und sozialen Interessen aller Gruppen und Schichten des deutschen Katholizismus auf der Basis und mit dem Mittel eines einheitlichen kirchen-, konfessions- und kulturpolitischen Programms. Dieses Problem hatte seit den neunziger Jahren, das heißt seit dem Ende des Kulturkampfes, zunächst auf dem agrarischen Sektor zunehmend an Bedeutung gewonnen. Volle Aktualität erlangte es in dem Augenblick, da die Zentrumspartei nach dem Novemberumsturz von 1918 in die parlamentarische Regierungsverantwortung trat und nun vorwiegend verfassungs- und staatspolitische, sozial- und wirtschaftspolitische Aufgaben zu entscheiden und die kontroversen Lösungen vor einer heterogenen Wählerschaft zu vertreten hatte. In all diesen Fragen war aber entsprechend den divergierenden Partikularinteressen ein Konsensus in Partei und Wählerschaft viel schwieriger herzustellen als auf den Gebieten von Kirchen-, Konfessions- und Kulturpolitik,

wo der allgemeine Konsensus (sieht man von den integralistischen Extremen ab) quasi a priori gegeben war. In dieser Situation wurde ein Grundgesetz des Zentrums als einer Weltanschauungspartei auf konfessioneller Grundlage deutlich: Der wachsenden Konfrontierung mit genuin politischen Aufgaben und damit der steigenden Politisierung der Partei entsprach ein rapider Schwund an innerer Kohärenz.

Ausschließlich mit den gegebenen Mitteln der Parteiorganisation diesen Desintegrationsprozeß aufzufangen, erwies sich als unmöglich. Zwar paßten sich die Fraktionen des Zentrums in ihrer Struktur den veränderten Verhältnissen nach 1918 an. Der (sich vielfach den Deutschnationalen anschließende) Adel schied definitiv aus den Führungspositionen in der Partei aus, womit ein in die letzten Jahrzehnte vor dem Weltkrieg zurückreichender Vorgang abgeschlossen wurde. In der Zusammensetzung der Reichstagsfraktion fand dies darin seine Entsprechung, daß die Vertretung des Großgrundbesitzes, die im letzten Reichstag von 1912 rd. 5 % der Zentrumsabgeordneten ausmachte, bis zur dritten Wahlperiode 1924 völlig verschwand. Im gleichen Zeitraum zwischen 1912 und 1924 reduzierte sich der Anteil des landwirtschaftlichen Mittelbesitzes von etwa 13 % auf rd. 2 %, während der agrarische Kleinbesitz seinen Vertretungsanteil von rund 5 % auf ca. 14 % erhöhte. Noch auffallender ist naturgemäß der Wandel in der Vertretung der Arbeiter und Gewerbetreibenden: Während sie 1912 annähernd 4 % der Reichstagsfraktion ausmachten, waren sie 1928 vor allem durch Gewerkschaftssekretäre mit rd. 26 % vertreten. Mit gewissen symptomatischen Schwankungen (z. B. nach der Reichstagswahl von 1928) einigermaßen konstant blieb der hohe Anteil von über 30 %, den die Beamten kraft ihres Sozialprestiges und als bislang relativ interessenunabhängig geltende Berufsgruppe innehatten⁹⁾.

Was man auf der Ebene der parlamentarischen Vertretungen durch die Anpassung ihrer Sozialstruktur an jene der Wählerschaft zu erreichen unternahm, suchte man auf parteiorganisatorischem Gebiet durch die Bildung

⁹⁾ Vgl. Walther Kamm, Abgeordnetenberufe und Parlament. Die berufliche Gliederung der Abgeordneten in den deutschen Parlamenten des 20. Jahrhunderts, Karlsruhe 1927. Der prozentuale Anteil der Kleriker in der Reichstagsfraktion war schwankend, da die Geistlichen, sofern sie nicht freiwillig auf eine Wiederwahl verzichteten, in der Regel eine sichere Kandidatur behielten und daher von einem Stimmenschwund praktisch nicht betroffen wurden. Sie nahmen 1920/24 8 von 68, 1924/28 5 von 69 und seit 1928 6 Sitze ein.

berufsständischer Gremien zu erreichen. Vor 1914 war es eine Art geheiligter Parteigrundsatz, das Aufkommen wirtschaftlicher und beruflicher Interessenverbindungen innerhalb der Partei zu verhindern. Nach 1918 entstanden in rascher Folge Handels- und Industriebeiräte, Beiräte für Landwirtschaft, Mittelstand, Arbeiterschaft, Beamte und Angestellte. Die hierin manifest werdende tendenzielle Entwicklung zur berufsständischen Auffächerung der Partei nahm unter dem Einfluß des alle zentrifugalen Kräfte entfesselnden Verhältnismahlrechts gerade in der Periode einer relativen Stabilisierung der Republik nach 1923 zu, als die unmittelbare außenpolitische Bedrohung der Reichseinheit gebannt war und innere soziale und wirtschaftliche Probleme in den Vordergrund traten. Um die Mitte der zwanziger Jahre konnte ein prominenter Zentrumsolitiker mit einer pointierenden Formulierung die Partei empirisch als eine „Masse von Menschen“ beschreiben, „die lediglich durch die gemeinsame Abwehr antikatholischer Instinkte zusammengehalten werden und in der jede Interessengruppe ... für sich selbst einen möglichst großen Vorteil herauszuschlagen versucht“¹⁰⁾. Heinrich Krone, damals ein Führer der Parteijugend, klagte zur gleichen Zeit, daß fast die gesamte politische Energie des Zentrums absorbiert werde vom „schematischen Ausgleich der Standesinteressen“¹¹⁾.

Kennzeichnendstes Indiz für die soziale Strukturkrise der Partei waren die im Zusammenhang mit der Wahlunterlage 1928 immer wieder auftauchenden Vorschläge, die Wahlkämpfe in Zukunft mit mehreren Standeslisten — einer Arbeiter-, Bauern- und Mittelstandsliste — zu bestreiten. Damit war aber jene Funktion des Zentrums gefährdet, welcher die Republik in nicht geringem Maße ihre relative Stabilisierung auf innenpolitischem Gebiet verdankte: nämlich den partei-internen Interessenausgleich als gleichsam nationalen Interessenausgleich im verkleinerten Maßstab zur tragfähigen Kompromißbasis für alle politischen Richtungen und sozialen Schichten zu machen. Die heftigen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, die — nach dem Wort eines Zentrumsabgeordneten — alle in der Zentrumsfraktion als einem „Parlament im Parlament“ (Friedrich Naumann) geführt wurden, *noch bevor* sie im Plenum des Reichstags auf der Tagesordnung standen, drohten Mitte der zwanziger Jahre die Integrationsfähigkeit der Partei zu überfordern¹²⁾.

Die Verschärfung dieser Grundlagenkrise sollte das Zentrum durch die summierende Interferenzwirkung einer politischen Orientie-

rungs- und Führungskrise vor den Reichstagswahlen 1928 an den Rand einer Existenzkrise führen. Den Anlaß gaben die Bürgerblockkoalition des Jahres 1927/28 mit den Deutschen nationalen und eine während ihrer Dauer durchgeführte Beamtenbesoldungsreform, für die ein dem Zentrum angehörender Reichsfinanzminister verantwortlich zeichnete. Diese Besoldungsreform geriet sofort in das Kreuzfeuer einer heftigen Kritik der christlichen Gewerkschaftler unter der Führung von Stegerwald. Die in aller Öffentlichkeit ausgetragenen ungewöhnlich scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sowohl von seiten der Arbeiter wie der Bauern mit der Gründung eigener Parteien gedroht wurde, machten auch vor dem damaligen Parteivorsitzenden und Reichskanzler Marx nicht halt. Marx, ein ehemaliger Richter, war der Prototyp einer sozial wie politisch ausgleichenden Persönlichkeit, die es bislang gut verstanden hatte, die vermittelnden Diagonalen in dem Parallelogramm der Parteikräfte zu finden. Selbst diesem idealtypischen Repräsentanten der traditionellen Honoratiorenführung gelang es nicht mehr, die tief verwurzelten sozialen Differenzen auszugleichen und die gleichzeitig von Joseph Wirth geführte politische Fronde gegen die Rechtskoalition rechtzeitig unter Kontrolle zu bringen. Marx war wohl der erste Parteivorsitzende, gegen den der — wie er es selbst empfand — für einen Zentrumsolitiker „stärkste“ Vorwurf des mangelnden sozialen Bewußtseins erhoben wurde. Er sollte auch — und dies war ein Novum in der Parteigeschichte — als erster Zentrumsvorsitzender sein Amt wegen einer Parteikrise zur Verfügung stellen. 1928 übergab er es an den Trierer Prälaten Kaas.

Wie in dem Kulminationspunkt der mehrjährigen Parteikrise 1927/28 die überkommene Honoratiorenführung versagte, so sollte sich auch die kulturpolitische Parole als unwirksam erweisen. Sie hatte sich im Umbruch von Monarchie zu Republik — im Zusammenhang mit der radikal-kulturkämpferischen Schulpolitik des Linkssozialisten Adolf Hoffmann in Preußen — als eine der wenigen politischen Klamm-

¹⁰⁾ Zit. nach Heinrich Scharp, Die Problematik der Zentrumsparlei, in: Abendland 2, 1926/27, S. 302 f.

¹¹⁾ In einem Brief an Wirth, abgedruckt in: Joseph Wirth. Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat, Berlin 1924, S. 55.

¹²⁾ Hierzu und zum Folgenden vgl. Josef Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinettes Marx (1927—1928). Darstellung und Dokumente, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 109, 1961, und neuerdings Erich Kosthorst, Jakob Kaiser, Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967, S. 122—139.

mern der Partei erwiesen. 1927/28 ging das Zentrum das Risiko des Scheiterns eines sehr bekenntnisschulfreundlichen Reichsschulgesetzes des deutschnationalen Innenministers ein, um auf der kulturpolitischen Ebene die über der Sozial- und Wirtschaftspolitik verlorene Parteieinheit und für die bevorstehenden Reichstagswahlen eine zugkräftige Parole zu finden. Die kulturpolitische Parole als „traditionelle Einigungsformel“ (R. Morsey) blieb indessen gegenüber der Wählerschaft ohne größeren Effekt: Die Maiwahlen von 1928 brachten dem Zentrum mit einem Minus von 11,4 % den stärksten prozentualen Stimmenrückgang zwischen zwei Weimarer Wahlperioden und die niedrigste Mandatsziffer zwischen 1871 und 1933 überhaupt.

Darüber, daß die Hauptursachen dieser Wahlniederlage in der sozialen Strukturkrise der Partei zu suchen seien, bestand Übereinstimmung zwischen parteiinternen Kritikern und außenstehenden Beobachtern. Und auch über die notwendigen Reformmaßnahmen sollte es relativ rasch zu einer einmütigen Auffassung innerhalb des Zentrums kommen. Bereits kurz nach der Wahlniederlage tauchte die Forderung auf, der „Krankheit des katholischen Parteiwesens“ mit einer Rückbesinnung auf die religiös-weltanschaulichen Grundlagen und einem stärkeren Engagement des Klerus in der „politischen Wegweisung“ der Katholiken zu begegnen. Joseph Joos, einer der bekanntesten Arbeitervertreter, machte sich zu ihrem prominentesten Sprecher. Auf dem ganz im Zeichen der Wahlniederlage und der Parteikrise stehenden Kölner „Parteitag der Einheit und Besinnung“ im Spätjahr 1928 setzte sich diese Forderung mit der Wahl von Kaas praktisch durch.

Diese Wahl bestätigte, was seit 1918 in den politisch-sozialen Richtungskämpfen der Par-

tei deutlich geworden war: nicht mehr die Beamten, speziell die Richter, die bislang als akademische Honoratioren und quasi interessenunabhängige Berufsgruppe eine Art traditionellen Anspruch auf den Parteivorsitz hatten, waren weiterhin in der Lage, die Einheit und Schlagkraft des Zentrums zu sichern. Bereits für den ersten Parteitag 1920 hat Rudolf Morsey jüngst als charakteristisch festgestellt, daß nur mehr Geistliche in der Lage waren, den verschiedenen Interessengruppen mit Erfolg ins Gewissen zu reden. 1927/28 waren sie, wie es ein früherer Mitarbeiter Brünings damals formulierte, die einzigen, welche das Ringen der Stände in den eigenen Reihen vor der letzten Verschärfung zum Klassenkampf bewahrten. Die Wahl eines Geistlichen an die Spitze der Partei entsprach in der Situation von 1928 einem elementaren Selbsterhaltungstrieb der Volkspartei. Nur mehr einem über den sozialen Gegensätzen stehenden Geistlichen konnte es gelingen, innerhalb des Zentrums die Klassen auf den Nenner der Konfession zu bringen und den hypothetisch klassenlosen Charakter der katholischen Gesellschaft in die politische Einheit einer Partei zu übersetzen¹³⁾.

Indem sich das Zentrum so auf dem Höhepunkt einer strukturellen Dauerkrise wieder als Weltanschauungspartei zu formieren suchte und Klerus wie Episkopat ihre verstärkte Unterstützung nicht versagten, wurde die Voraussetzung für die bewundernswerte äußere Stabilität in der Agonie der Weimarer Republik geschaffen. Ohne die Entscheidung des Kölner Parteitags ist der wesentliche Beitrag schwer vorstellbar, welchen das Zentrum zur Rettung einer demokratischen Substanz bis 1932 leistete. Die zutiefst problematische Bedeutung dieser Restauration des Zentrums von 1928 sollte erst 1933 voll deutlich werden. Sie wird abschließend noch kurz zu erörtern sein.

III. Verfassungspartei und demokratische Republik

Wie für alle anderen deutschen Parteien, mit Ausnahme der extremen Linken, waren auch für das Zentrum der Sturz der Monarchie und die Gründung der Republik nichtgewollte Früchte einer bitteren, letztlich als unverdient angesehenen militärischen Niederlage. Selbst Wirth, der sich später gerne einen entschiedenen Republikaner nannte, lehnte noch kurz vor Kriegsende die grundsätzliche Forderung nach der Einführung der Republik ab. Kraft der geschichtlichen Tradition in ihrer Mentalität konservativ-monarchistisch und in einem

relativ raschen Assimilierungsprozeß seit dem Ende der achtziger Jahre an die politische Wirklichkeit des Wilhelminischen Kaiserreichs weitgehend akkommodiert, erfuhren die Partei und ihre Anhänger das Verschwinden der Mo-

¹³⁾ Zu dieser Grundproblematik vgl. Hans Maier, *Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789—1901*. 2., erweiterte Aufl. Freiburg i. Br. 1965, S. 51, und auch M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart 1966, S. 33.

narchie als einen nur schwer zu überwindenden Schock. In dem Bewußtsein, nur dadurch die gemeinsamen Interessen der Nation und die partikularen der Partei schützen zu können, stellte sich das Zentrum (mit einem vielzitierten Topos) „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“.

Ihre theoretische Legitimation fand diese Haltung zum einen durch die neuscholastische Staatslehre und ihren Grundsatz „*gouvernement constitué*“ = „*gouvernement légitime*“, wie Leo XIII. 1892 die französischen Kardinäle im Streit um das „*Ralliement*“ an die dritte Republik belehrt hatte¹⁴⁾; zum anderen durch das Prinzip der politischen Indifferenz der katholischen Kirche gegenüber den verschiedenen Staatsformen. Für die Zentrumsparlei, so hieß es in einer authentischen Interpretation dieser Grundposition, „ist die Mitarbeit am Staat nicht abhängig von der jeweiligen Gestaltung der Staatsform oder des Staatsregimes. Sie sieht die *particula veri* in jeder Staatsform und in jedem Regime und sieht den Sinn ihrer Arbeit in jedem Falle darin, das Entwicklungsfähige und Unterstützungswürdige zur Entfaltung, das Gefährliche und Zersetzende zur Ausscheidung zu bringen. Nichts wäre weniger verantwortlich gewesen, als wenn eine politische Gruppe von der Vergangenheit, von dem staatspolitischen und religiösen Ethos der deutschen Zentrumsparlei aus begreiflicher Skepsis gegenüber gewissen äußeren Formen, in denen die ... Umwälzung sich vollzog, sich in passive Abstinenz geflüchtet hätte. Eine solche Haltung würde weder dem eigenen inneren Gesetz noch dem staatspolitischen Imperativ der Stunde entsprechen“.

Das Zitat stammt aus den ersten Apriltagen 1933 und stand in einem Presseartikel, mit dem Prälat Kaas die Zustimmung seiner Partei zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 motivierte¹⁵⁾. Es hätte mit einigen Modifikationen im Tenor in einer Rechtfertigung der Politik der Zentrumsparlei nach dem November 1918 stehen können.

Im Alltag der Parteilarbeit hat damals und danach das Zentrum den Vorwurf opportunistischen Prinzipienverrats angesichts der Alternative Monarchie oder Republik durch die Berufung auf seinen traditionellen Charakter als „Verfassungspartei“ abzuwehren gesucht. In der Praxis bot dieser Begriff eine sehr dehnbare Formel, mit der sowohl dem immer eine Minorität bildenden linken Parteiflügel der „entschiedenen Republikaner“ wie der Parteirechten und ihren traditionalistischen Monarchisten eine gemeinsame Basis vermittelt wer-

den konnte. Es kam denn auch während der ganzen Weimarer Republik nie zu einem programmatischen Bekenntnis zur Republik. „Wir sind eine Verfassungspartei ...“, so definierte Marx auf dem Kasseler Parteitag von 1925; „wir sind keine monarchische Partei und wir sind keine republikanische Partei, aber wir halten zur Republik, weil sie in der Verfassung begründet ist, weil sie die gegebene Staatsform ist und in absehbarer Zeit nicht geändert werden kann“¹⁶⁾.

Wirth hat seiner Partei nicht zu Unrecht vorgeworfen, daß mit einer solchen Kompromißformel „ein politischer Bekenntnisverzicht“¹⁷⁾ zum Credo der Partei erhoben werde. Daß angesichts der politischen Struktur der Partei, die — wie Edmond Vermeil formulierte¹⁸⁾ — Bruchstücke beinahe aller anderen deutschen Parteien enthielt, auf eine solche Kompromißformel nicht zu verzichten war, wollte man an der politischen Einheit festhalten, ist allerdings ebensowenig zu bestreiten.

Im übrigen waren, wie die Haltung des Zentrums in der Endkrise der Republik bewies, Sinn und Inhalt des Begriffs Verfassungspartei in ihren Wirkungen ambivalent. Sie machten einerseits das Zentrum auf der Grundlage seiner Weltanschauung und seines rechtsstaatlichen Traditionsguts zum entschiedenen Gegner jedes verfassungswidrigen Umsturzes von oben oder unten, ohne seinem Kanzler Brüning und der Parteiführung die Möglichkeit zu nehmen, als Ausweg vor einer Machtergreifung durch die NSDAP eine verfassungskonforme Restauration der Monarchie zu erwägen. Insofern die Kompromißformel der Verfassungspartei im Sinne Wirths einen politischen Bekenntnisverzicht und damit einen komplementären Ausdruck seines Wesens als einer letztlich im Religiösen verankerten Weltanschauungspartei darstellte, bestand prinzipiell die Gefahr einer primär legalistischen Verfassungstreue und einer Relativierung der Konstitution. Böckenförde hat gerade auf diese Gefahr in sei-

¹⁴⁾ Hierzu zuletzt Hans Barion, Kirche oder Partei? Römischer Katholizismus und politische Form, in: Der Staat 4, 1965, S. 145 f. Diese (gemeinchristliche) Auffassung hat ihre biblische Wurzel in Röm. 13 („Es ist keine Obrigkeit, ohne von Gott. Die bestehenden Obrigkeiten aber sind von Gott eingesetzt“).

¹⁵⁾ Gedruckt in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9, 1961, S. 205.

¹⁶⁾ Offizieller Bericht des Vierten Reichsparteitags der Deutschen Zentrumsparlei. Tagung zu Cassel am 16. und 17. November 1925, hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumsparlei, o. J., S. 112.

¹⁷⁾ Vgl. Josef Becker, Joseph Wirth und die Krise des Zentrums ... , a. a. O., S. 452.

¹⁸⁾ Vgl. E. Vermeil, a. a. O., S. 188.

nen bekannten „Hochland“-Aufsätzen mit Nachdruck hingewiesen¹⁹⁾. Man wird dabei allerdings nicht übersehen dürfen — und dies ist auch im Hinblick auf das Zentrum zu beachten —, daß die Republik und die Weimarer Verfassung nie ein so großes Maß an Anzie-

hungskraft besaßen, als daß ihr begrenzter Sympathiefundus in der strukturellen Dauerkrise der parlamentarischen Demokratie und schließlich in der Agonie der Republik nicht rasch und weitgehend aufgezehrt werden konnte.

IV. Mittelpartei und parlamentarisches System

Wie die Selbstcharakteristik als Verfassungspartei, so spiegelte auch das Selbstverständnis als Mittelpartei den Kompromiß der sozial heterogenen und politisch divergierenden Gruppen wider, die sich im Zentrum zusammenfanden. Das Zentrum war — und insofern erfüllte es den programmatischen Anspruch seines Parteinamens — die klassische Mittelpartei der Weimarer Republik. Sie bildete zwischen 1919 und 1932 das Scharnier aller als praktikabel denkbaren politischen Koalitionen und gewann auf Grund dieser parlamentarischen Schlüsselstellung mit einem Drittel aller Reichsminister und 9 von 20 Regierungschefs eine ungewöhnlich starke Repräsentanz in der Gesamtzahl der Weimarer Reichskabinette. Joseph Rovon nennt das Zentrum daher weitgehend zu Recht „l'axe de toute stabilité gouvernementale“²⁰⁾.

Für das Zentrum war jede parteipolitische Kombination nach der Linken bis zur SPD und nach der Rechten bis zur DNVP, ja bis zur NSDAP möglich. Leitbild war dabei die Idee der Volksgemeinschaft. Sie spielte in der Parteiideologie als Gegenbild gegen Klassengesellschaft wie Obrigkeitsstaat eine zentrale Rolle, lange bevor der Begriff von den Nationalsozialisten als Schlagwort usurpiert und monopolisiert wurde. Ihre Funktion als Zentralbegriff einer Ausgleichsideologie war Ausdruck der starken Spannung zwischen dem auf Parteienkonkurrenz und sozialem Pluralismus beruhenden parlamentarischen System und der theoretischen Forderung nach Synthese und Integration in einer christlich bestimmten Politik²¹⁾. Diesem eher emotional empfundenen als rational durchkonstruierten Leitbild einer politisch und sozial befriedeten Volksgemeinschaft entsprach der Verzicht auf eine eindeutige Festlegung nach links oder nach rechts, das heißt in der parlamentarischen Praxis der Wechsel von Weimarer Koalition, Großer Koalition und Bürgerblock um den ruhenden Pol des Zentrums oder wenigstens das Ausbalancieren einer Rechtskoalition im Reich durch eine Linkskoalition in Preußen. Adäquatester Ausdruck dieser Politik war indessen die von dem Parteiführer Marx im Jahre 1924

proklamierte „Regierung der Volksgemeinschaft“, die „Ganz große Koalition“ von SPD bis Deutschnationaler Volkspartei.

Wie sehr auch bei der Verkündung dieser „Ganz großen Koalition“ in der konkreten innenpolitischen Konstellation taktische Überlegungen mitspielten, so war dieser Griff nach der „Regierung der Volksgemeinschaft“ doch symptomatisch für die Spannungen in der politisch-sozialen Struktur des Zentrums und für die harte Notwendigkeit, den Anspruch, ein Spiegelbild dieser Volksgemeinschaft darzustellen, auch in der Praxis der Koalitionspolitik zu bewahren. Es ist evident, daß dieses Koalitionsideal dem klassischen Typus des Parlamentarismus mit seinem Widerspiel und Wechsel von Regierungsparteien und Oppositionsparteien ein aparlamentarisches oder — genauer — präparlamentarisches Wunschbild entgegengesetzte. Wie sehr dabei das Handicap der Partei mit im Spiele war, daß sie auf Grund ihrer heterogenen Wählerschaft und weltanschaulichen Fixierung Opposition mit Aussicht auf Erfolg und ohne das Risiko der Spaltung nur um kirchen- und kulturpolitischer Ziele willen treiben konnte, liegt auf der Hand. Die allgemeineren Voraussetzungen dieses koalitionspolitischen Idealbildes sind ebenfalls unschwer freizulegen: sie reichen einerseits zurück in das den Weimarer Parteien noch so nahe vorparlamentarische System des deutschen Konstitutionalismus. Sie haben andererseits ihre Wurzeln in den Ganzheitsmodellen der scholastischen Sozialphilosophie. Unschwer konnten sie mit jenen die Stellung der deutschen Parteien belastenden Traditionen der Hegelschen Staatslehre in Verbindung gebracht werden, nach welchen

¹⁹⁾ Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland 53, 1960/61, und unter dem gleichen Titel dessen „Stellungnahme zu einer Diskussion“, ebda. 54, 1961/62.

²⁰⁾ Joseph Rovon, Le Catholicisme Politique en Allemagne, Paris 1956, S. 204.

²¹⁾ Hierzu grundsätzlich: Otto Heinrich von der Gablentz, Zur Problematik christlich-sozialer Parteien, in: Politologie und Soziologie, Otto Stammer zum 65. Geburtstag, hrsg. von Jürgen Fijalkowski, Köln/Opladen 1965.

die Partei als das „besondere, zufällige Interesse“ dem Staat als dem „sittlichen Ganzen“ gegenüberstand²²⁾. In der paradoxen Kennzeichnung des Zentrums als einer „Partei über den Parteien“, wie sie sich bei einigen Parteiideologen findet, scheinen diese partikular-konfessionellen und nationalen Traditionen zusammenzuwirken.

Angesichts jener Kontinuität, welche die Weimarer Republik im ganzen und ihre Parteien im besonderen mit der Wilhelminischen Ära verband, konnte allerdings keine vorbehaltlose Übernahme des Parlamentarismus durch das Zentrum erwartet werden. Die Furcht der konfessionellen Minderheitenvertretung vor einer parlamentarischen Majorisierung und damit vor einer Gefährdung der als sakrosankt geltenden kirchen- und kulturpolitischen Ziele ließ das Zentrum bis zur innenpolitischen Wende während des Ersten Weltkrieges die Parlamentarisierung des Reichs ablehnen. Die parlamentarische Schlüsselstellung, welche die Partei dann nach 1918 im Reich innehatte, nahm diesen Bedenken gegen den Parlamentarismus viel von ihrer Schärfe. Die dauernd krisenerschütterte Wirklichkeit des Weimarer Parlamentarismus hat allerdings die anfängliche Skepsis und Reserve gegen die — wie man sagte — parlamentarische Formaldemokratie nach französischem Muster nur verstärkt. Es nimmt daher nicht wunder, daß Lösungsmöglichkeiten, wie sie mit dem Hindenburg-Kabinetts Brünings versucht wurden, bereits 1920 erörtert²³⁾ und besonders in den

Gewerkschaftskreisen um Stegerwald erwo-gen wurden.

Daß in diese Kritik am Parlamentarismus auch Überlegungen zu einer ständestaatlichen Ordnung einfließen (berufsständische Gliederung der Gesellschaft war ein Postulat des Partei-programms), überrascht um so weniger, wenn man sich an die entsprechenden antikapitalistischen und antiliberalen Traditionen der katholisch-sozialen Bewegung und an den großen Anteil erinnert, welchen der neue Mittelstand an der Anhängerschaft des Zentrums hatte. Schon um der eigenen Selbsteinschätzung willen tendierte diese soziale Gruppe in schroffer Ablehnung des Klassenkampfgedankens zum Rückgriff auf die ständischen Ideen.

Indessen erlangten diese sozialromantischen antiparlamentarischen Vorstellungen für die praktische Politik des Zentrums selbst in der Schlußphase der Weimarer Republik kein erhebliches Gewicht. Brüning wußte, wie seine katholischen Gegner auf der Rechten ihm vorwarfen, mit den ständestaatlichen Ideen nichts anzufangen. Ihm ging es mit der „Erziehungsdiktatur“ des Notverordnungsartikels der Weimarer Verfassung um eine Selbstreform des plebiszitär mißverstandenen deutschen Parlamentarismus nach dem Vorbild des repräsentativen Parlamentarismus britischer Provenienz²⁴⁾. Daß eine solche Reform auch eine Neuorientierung, ja Umwandlung des Zentrums zur Voraussetzung haben mußte, war Brüning bewußt. Sein Debüt in der Zentrumspartei hatte bereits im Zeichen solcher Reformbemühungen gestanden.

V. Der Parteiuntergang und das Problem der Alternativen in der Parteientwicklung

Seitdem Julius Bachem im Jahre 1906 in einem aufsehenerregenden „Hochland“-Aufsatz die Parole ausgegeben hatte, „Wir müssen aus dem Turm heraus!“, sind die offenen Diskussionen im Zentrum nicht mehr verstummt, ob die Wandlungen in Gesellschaft und Staat nicht zur Preisgabe der konfessionellen Grundlagen zugunsten einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei zwingen. In ihr entscheidendes Stadium trat diese Diskussion mit dem Novemberumsturz 1918; sie dauerte mit Unterbrechungen bis zum Spätjahr 1920. Protagonisten einer Umwandlung des Zentrums in eine neue rechtsorientierte Sammelpartei, in welcher sich die partei- und sozialpolitischen Richtungen Ketteler, Naumann und Stöcker vereinigen sollten, waren der Gewerkschafts-

führer Stegerwald und der langjährige geistliche Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland und Reichsarbeitsminister Brauns. Beide gingen von der Überzeugung aus, daß eine Partei auf konfessioneller

²²⁾ Vgl. Theodor Schieder, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958, S. 111 f.

²³⁾ Vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 299.

²⁴⁾ Vgl. hierzu zuletzt die einschlägigen Beiträge von Werner Conze, Rudolf Morsey und Rudolf Scheuner in der Brüning-Festschrift: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, hrsg. von Ferdinand A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, und Josef Becker, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17, 1966.

Grundlage, auch wenn sie, wie das Zentrum programmatisch beanspruchte, eine politische, keine konfessionelle Partei zu sein, den Aufgaben in einem parlamentarischen Regime nicht mehr gewachsen sei. Bedeutsamstes Manifest dieser Reformversuche wurde das Essener Programm, das Stegerwald im Spätjahr 1920 auf einem Kongreß seiner christlichen Gewerkschaften vortrug. Mitverfasser dieses Programms war der damalige Sekretär Stegerwalds, Heinrich Brüning. Es rief zur Bildung einer christlich-nationalen und sozialen Volkspartei als Gegengewicht gegen die sozialistischen Parteien auf. Trotz eines zunächst erstaunlich starken öffentlichen Echos blieb das Essener Programm ein „gescheiterter Vorgriff“ (Morsey) auf die Zukunft. Weder war Stegerwald der Mann, um seinem Programm zum Sieg zu verhelfen, noch ließ sich die bereits eingetretene Verfestigung der Parteifronten wieder überwinden. Für die Masse der Zentrumsanhänger war die Absicht, die im Kulturkampf bewährte Partei preiszugeben, nicht nachvollziehbar. Zu sehr war das Zentrum zu einem unentbehrlichen Institut der Selbstbestätigung geworden für die von fest verwurzelten politisch-kulturellen Inferioritätskomplexen belastete konfessionelle Minderheit. Die von einer grundlegenden Parteireform befürchtete Gefährdung der „geheiligten“ kulturpolitischen Programmatik der Partei kam als ein weiterer Faktor hinzu, um die Reformansätze Brauns' und Stegerwalds wie ihrer jüngeren Mitstreiter gleich Brüning nicht zur Entfaltung kommen zu lassen.

Profiliertester Gegner dieser Reformpläne innerhalb des Zentrums war Joseph Wirth. Seine Opposition richtete sich allerdings nicht gegen das Prinzip einer Umgestaltung seiner Partei, sondern gegen deren konservative Orientierung. In den schweren Richtungskämpfen, die Wirth Mitte der zwanziger Jahre bis zur Wahl des Prälaten Kaas entfesselte, ging der ehemalige Reichskanzler von der gleichen Grundvoraussetzung aus wie die konservativen Reformer. Seine Bemühungen zielten indessen auf die Bildung einer linksdemokratischen Volkspartei, die in der „Republikanischen Union“ mit SPD und Demokraten eine feste Basis für die Republik hätte abgeben sollen.

In seinem Buch *„Le Catholicisme Politique en Allemagne“*, das vielfach die ersten Diskussionen über das Zentrum in den vergangenen Jahren beeinflusst hat, kommt Joseph Rovin zu dem Urteil: *„C'est pour n'avoir pas suivi Joseph Wirth dans sa tentative de réformisme radical que le catholicisme politique allemand, au lieu de devenir démocratie chrétienne, au sens plein du terme, sera inéluctablement*

amené ... à voter les pleins pouvoirs à Hitler“ ²⁵⁾. Dieses Urteil setzt stillschweigend voraus, daß Wirth die Fähigkeiten zum Parteigründer und Parteiführer besaß und ein von ihm reformiertes Zentrum die gleiche politische Potenz wie die Partei in ihrer überkommenen Form dargestellt hätte. Davon, daß bereits die politische Bilanz Wirths in der Weimarer Republik gegen sein Talent zum Parteiführer spricht, kann hier abgesehen werden; denn maßgeblich für das historisch-politische Urteil ist ein anderes Faktum: Beide Reformgruppen, die konservative wie die progressive, riskierten mit ihren Plänen eine Parteispaltung und hätten sie im Falle einer Realisierung ihrer Projekte herbeigeführt. Damit ist auch das ausschlaggebende Kriterium für ihre historisch-politische Bewertung gegeben: Sowohl Wirths Parteireform nach links wie jene von Brauns, Stegerwald und Brüning nach rechts hätte nach der Verfestigung der deutschen Parteifronten, angesichts der vielfach sehr kräftig konfessionell getönten politisch-sozialen Gegensätze, keine reale Aussicht auf eine grundlegende Umbildung und Konsolidierung des deutschen Parteiwesens eröffnet. Sie mußten zwangsläufig zu einer weiteren Desintegration der politischen Mitte führen und mit dem Zentrum deren allein widerstandsfähigen Kern eliminieren. Beide Reformgruppen neigten angesichts der Entwicklung Mitte der zwanziger Jahre dazu, die Bedeutung der weltanschaulich-religiösen Klammer zu unterschätzen. Sie sollte sich indessen in den Jahren nach 1930 als das einzige zuverlässige Bindeglied der Partei erweisen und damit die entscheidende Voraussetzung für den mit Brünings Namen verknüpften Versuch einer Rettung der parlamentarischen Demokratie gegen den Rechts- und Linksradikalismus darstellen.

Hierin liegt der positive Effekt der Kölner Prälatenwahl von 1928. Ihre zutiefst problematischen Konsequenzen sollten sich in vollem Umfang erst zeigen, nachdem über den Untergang der Weimarer Republik entschieden war. Denn in der Tat war mit der Entscheidung des Kölner Parteitags von 1928 die Abstimmung vom 23. März 1933 zugunsten des Ermächtigungsgesetzes für Hitler in gewisser Weise vorgezeichnet und legitimiert. Indem sich das Zentrum 1928 in seiner überkommenen Form regenerierte, blieb es endgültig auf dem halben Wege von einer konfessionell-kirchlichen Interessenpartei zu einer rein politischen Partei stehen, in welcher die kirchen-, konfessions- und kulturpolitischen Ziele einer umfassenden staats-, sozial- und wirtschaftspoliti-

²⁵⁾ A. a. O., S. 197.

schen Konzeption hätten eingegliedert sein müssen. Hitler hat am 23. März 1933 im Reichstag genau das getan, was dem Zentrum ermöglichte, die für die Partei vor allem essentiellen *particula veri* in dem neuen Regime, dem „*gouvernement constitué*“ der „Nationalen Revolution“, zu finden: Hitler gab Garantien für die *bona particularia* der Partei auf dem Gebiet der Kirchenpolitik für die bestehenden Länderkonkordate und die Kirchenartikel der Weimarer Verfassung, auf dem Sektor der Konfessionspolitik zugunsten der katholischen Beamten und Vereine und auf dem Felde der Kulturpolitik für die Erhaltung der katholischen Bekenntnisschulen. Damit schien der Totalitätsanspruch der Partei auf einem wesentlichen Gebiet autoritativ desavouiert. Und als Hitler (kurz nach dem Erlaß des Ermächtigungsgesetzes) durch Papen die Initiative zum Reichskonkordat ergriff²⁶⁾, war die für alle Parteien faktisch nicht mehr existente Widerstandsbasis für das Zentrum auch theoretisch beseitigt. Denn das Zentrum „als katholische Partei“ konnte, um Brüning, einen der entschiedenen Konkordatsgegner zu zitieren, „niemals ein Konkordatsangebot ablehnen . . . , auch dann nicht, wenn die gleiche Regierung durch die Aufhebung des demokratischen Prinzips die Aufhebung der Partei durchsetzte“²⁷⁾.

Damit wird — auch dies muß gegen Rovans Urteil eingewendet werden — allerdings nur eine Seite in dem Drama des ruhmlosen Untergangs der Zentrumspartei deutlich. Die Parteiführung konnte zwar nach den kirchen- und kulturpolitischen (Schein-)Garantien in Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 und nach den für die „Verfassungspartei“ erst-rangigen Versicherungen über die institutionelle Garantie des Amtes des Reichspräsidenten und des Reichstags den Fraktionszwang für die Abstimmung zugunsten von Hitlers Ermächtigungsgesetz (gegen eine oppositionelle Minderheit mit Brüning an der Spitze) proklamieren und durchsetzen. Ein eventueller Versuch, beim Ausbleiben der geforderten Garantien den Fraktionszwang für ein Votum gegen das Ermächtigungsgesetz zu erklären, wäre aber (wie in anderen nichtsozialistischen Parteien) von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Erklärung hierfür ist nicht nur in der herrschenden Atmosphäre der Gewalt und des politischen Drucks, nicht allein in der Rücksicht der Abgeordneten auf die eigene berufliche Existenz und persönliche Sicherheit, auf Parteiorganisation und konfessionelle Verbände zu suchen. Wirth gab seine Unterwerfung unter den Mehrheitsbeschluß der Fraktion bekannt, nachdem Vertreter der Arbeiter-

schaft für ein positives Votum plädiert und dabei erklärt hatten, „man solle wieder sagen, daß in der Stunde der Gefahr der ärmste Sohn der getreueste war“²⁸⁾. Diese Erinnerung an den Geist des 4. August 1914, an das bislang einmalige Erlebnis einer „nationalen Volksgemeinschaft“, die keine Parteien, Klassen und Konfessionen im Raum des Politischen mehr zu kennen schien, macht die dominierende nationale Komponente in dem Motivgeflecht der Fraktionsentscheidung des 23. März 1933 deutlich. In dem Sog der von Hitler proklamierten „Nationalen Revolution“ und angesichts des fatalen Fehlens einer realen politischen Alternative siegten in der früher als „reichsfeindlich“ diffamierten Partei ein echtes (wenn auch falsch orientiertes) Nationalbewußtsein und das aus der Getto-Situation erwachsene kompensatorische Nationalgefühl; das Zentrum entschied sich für den (vergeblichen) Versuch der Akkommodation und der Einflußnahme im Sinne seiner rechtsstaatlichen Traditionen. Das Trauma des nationalen Ausschlusses und der nationalen Sonderexistenz nach 1870 ließ das Pathos eines heroischen „Nein“ und damit den Mut zu einer selbstgewählten Isolierung an einem Wendepunkt der deutschen Geschichte nicht zu. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war in der Tat „ein spätes Postskriptum“²⁹⁾ hinter die Reichsgründung und den Kulturkampf Bismarcks.

Die parteispezifischen Begleitumstände des Untergangs des Zentrums 1933 bedeuteten eine letzte Bestätigung für die Notwendigkeit der Versuche, eine volle Politisierung der Partei herbeizuführen. Brünings Bestreben, mit einer konservativen Reform an die ursprüngliche interkonfessionelle Konzeption Windt-

²⁶⁾ Dies scheint jetzt — entgegen den Vermutungen einer ersten Initiative durch Prälat Kaas — nach Ausweis der staatlichen und kirchlichen Akten fest-zustehen; vgl. Repgen, a. a. O., S. 28.

²⁷⁾ Zit. nach Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 131. Ein anderer „Sachzusammenhang“ zwischen dem Untergang des Zentrums und dem Abschluß des Reichskonkordats ist nicht „nachweisbar“ (vgl. Ernst Deuerlein, Was geschah zwischen Machtergreifung und Konkordatsabschluß? in: Katholik in Freiheit und Verantwortung, hrsg. von Erich Klausener, Berlin 1966, S. 124). Gegenteilige Mutmaßungen (jüngst noch Karl Otmar Frhr. v. Aretin, Prälat Kaas, Franz von Papen und das Reichskonkordat von 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14, 1966, S. 263 f.) verbleiben im Bereich der Konjunkturalhistorie.

²⁸⁾ Zitat nach einer Aufzeichnung der damaligen Reichstagsabgeordneten Clara Siebert, publiziert in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9, 1961, S. 210.

²⁹⁾ Vgl. Hans Maier, Katholizismus, nationale Bewegung und Demokratie in Deutschland, in: Hochland 57, 1964/65, S. 330.

horsts anzuknüpfen (und seiner Hoffnung, durch die außenpolitischen Erfolge seiner Kanzlerschaft die definitive Eingliederung des deutschen Katholizismus in die Nation in die Wege zu leiten), kamen dabei angesichts der innenpolitischen Kräfteverteilung im Reich wie in der Partei größere Chancen zu als Wirths Kampf um das Aufgehen des Zentrums in einer republikanischen Linken. Innere und äußere Gründe führten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum

Scheitern dieser Versuche. Die „unvollendete“ Entwicklung des Zentrums zu einer rein politischen Partei hat danach symptomatisch die unvollendete Integration des deutschen Katholizismus in die Nation bezeichnet. Sie war Teilaspekt jenes grundlegenden Faktums des „unvollendeten Nationalstaats“ (Th. Schieder) der Bismarckschen Reichsschöpfung, deren Strukturschwächen nicht zuletzt jene der Weimarer Republik waren.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik vor 1914

Kolonialpolitik — eine in der SPD wenig beachtete Frage

Die deutsche Sozialdemokratie war entstanden aus einem Protest gegen die kapitalistische Ausbeutung. Das Scheitern der Revolution von 1848 und in der Folge die Konzentration der Energien des Bürgertums auf den wirtschaftlichen Bereich brachte für die deutsche Arbeiterschaft eine steigende Belastung mit sich. Aus den Arbeiterbildungsvereinen heraus entstand eine sozialdemokratische Bewegung, die von den beiden Polen Ferdinand Lassalle und Karl Marx ihre entscheidenden Impulse bekam.

In ihrer ganzen Agitation wie in ihrer parlamentarischen Tätigkeit konzentrierte sich die nach 1875 vereinigte Sozialdemokratie auf die Sozialpolitik. Wer die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage studiert, die sozialistische Presse untersucht und sich vor allem die Reden der führenden Sozialdemokraten vornimmt, kann immer wieder feststellen, daß alle Probleme unter dem sozialpolitischen Gesichtspunkt betrachtet werden. Die Frage: Wie kann man den Lebensstandard und die Lage der arbeitenden Klasse heben? war das A und O sozialistischer Politik. Dazu kam eine utopische Eschatologie, die gebannt auf die große Revolution warten ließ, die es aber nicht versäumte, die „Organisation“ als das eigentlich beherrschende Element mit deutscher Gründlichkeit auszubauen. Außen- und Kulturpolitik, Wirtschafts- und Rechtsfragen wurden immer unter den Aspekten der Sozialpolitik gesehen.

So nimmt es nicht wunder, daß die Frage der Kolonialpolitik bei den Sozialdemokraten kaum Beachtung fand. Karl Marx interessierte sie nur als eine Nebenerscheinung der kapitalistischen Ausbeutung. Die deutsche Sozialdemokratie war ganz mit innenpolitischen Fragen beschäftigt. Im Reichstag kam es zu einer ersten Kolonialdebatte am 26. Juni 1884, bei der aber kein Sozialdemokrat das Wort ergriff. Am 20. Januar 1885 sprach dann als erster Sozialdemokrat Hasenclever zu kolonialpolitischen Fragen. Er wandte sich gegen die herrschende Kolonialbegeisterung und sah das Problem vor allem unter dem Gesichtspunkt, was für den deutschen Arbeiter dabei zu gewinnen oder zu verlieren sei. Er glaubte, daß durch die Kolonialpolitik von den schwierigen

Problemen im Inneren Deutschlands abgelenkt werden sollte. Erst müßten die Massen in Deutschland „konsumtionsfähiger“ werden, ehe man Gelder für die Kolonien ausbebe. Die sozialdemokratische Fraktion werde gegen alle Etatpositionen, die mit der Kolonialfrage zusammenhängen, stimmen. Auch August Bebel nahm an den Kolonialfragen Anteil. Er wurde zusammen mit Dietz in den Ausschuß für die Subvention von Dampferlinien berufen, der zum Teil mit der Kolonialfrage zu tun hatte.

Am deutlichsten zeigte die Debatte vom 4. März 1885 im Reichstag die „Besessenheit“ der Sozialdemokraten von der Sozialpolitik. In einer großen Rede über die Sozialreform flocht Wilhelm Liebknecht bei der dritten Lesung des Etats seine Ansichten über die Kolonialpolitik ein, die er ebenfalls nur als ein Teilstück der Sozialreform sah. Liebknecht wandte sich gegen die Auffassung, daß Deutschland überbevölkert sei. Die deutsche Industrie brauche auch nicht neue Absatzmärkte. Sie solle zuerst einmal die deutschen Massen kaufkräftiger machen, dann könne sie noch vieles im Inland absetzen. Die Kolonialpolitik sei seiner Meinung nach ein Export der sozialen Frage. Er sprach sich nicht grundsätzlich gegen das Kolonisationswesen aus und betonte — Beispiele aus der Geschichte erwähnend —, daß „die menschliche Kultur vom Kolonisationswesen überhaupt nicht zu trennen sei.“¹⁾ Auch der Abgeordnete Kayser erklärte, daß er von Anfang an kein grundsätzlicher Gegner der Kolonialpolitik war, daß aber „damals wer weiß was in Aussicht gestellt worden sei“²⁾. Die Mittel müßten aber jetzt verweigert werden, weil die Kolonialpolitik, die von privaten Interessen getragen sei, nicht aus Steuermitteln finanziert werden dürfe.

Die Überlastung der wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament führte dazu, daß sie sich kaum noch besonders mit der Kolonialpolitik auseinandersetzten. Am 14. Dezember 1888 gab der Abgeordnete Singer für die sozialdemokratische Fraktion eine

¹⁾ Gustav Noske, *Kolonialpolitik und Sozialdemokratie*, Stuttgart 1914, S. 35.

²⁾ Noske, a. a. O., S. 39.

Erklärung ab, in der er festlegte, daß man grundsätzlich gegen die derzeitige Kolonialpolitik eingestellt sei. Am 26. Januar 1889 sprach August Bebel im Reichstag vor allem gegen die Kolonialpolitik in Ostafrika. Die Kolonialpolitik sei die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz, und man solle nicht den Schutz vor dem Sklavenhandel als Vorwand für diese Politik nehmen.

In den folgenden Jahren waren es meist August Bebel und Georg von Vollmar, die zu den Kolonialfragen Stellung nahmen. Bebel wandte sich besonders gegen Dr. Carl Peters und seine Grausamkeiten in Ostafrika. Die von ihm aufgeworfenen Fragen fanden im Reichstag starke Beachtung und führten zu Disziplinarmaßnahmen gegen Dr. Peters und zu einer Reihe von Prozessen. Branntweinhandel und Sklavenhaltung bildeten die Hauptangriffspunkte der SPD-Sprecher. Bei der Debatte im März 1895 forderte von Vollmar mehr Kulturarbeit in den Kolonien, und Bebel regte eine Studienreise von Reichstagsabgeordneten an, um sich von den tatsächlichen Verhältnissen in den Kolonien ein richtiges Bild zu machen.

Am 6. Dezember 1897 beschäftigte sich Bruno Schoenlank mit dem Chinaproblem. In einer zweiten Rede forderte er später, daß nach Kiautschau nur Freiwillige als Truppen verlegt werden sollen, aber keine Wehrpflichtigen.

Am 12. Februar 1899 stimmten die Sozialdemokraten — zusammen mit den Freisinnigen — gegen den Kauf der Karolinen, Marianen und Palauinseln für 16,75 Millionen Reichsmark.

1904 kam es durch den Aufstand in Deutsch-Südwestafrika zu einer gewissen Vorwegnahme der Problematik von 1914, als die Reichsregierung Kriegskredite zur Bekämpfung des Aufstandes verlangte. Bei der Abstimmung am 19. Januar enthielt sich die SPD der Stimme.

1906 gab es schließlich im Reichstag besonders scharfe Auseinandersetzungen über die Kolonialpolitik. Die Regierung sah sich gezwungen, am 10. September 1906 den Direktor der Darmstädter Bank, Bernhard Dernburg, zum Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt zu machen. Bei den Debatten im Reichstag im November und Dezember war auch das Zentrum mit Angriffen beteiligt, die sich vor allem gegen Fehler der Verwaltung und gegen Korruptionsfälle richteten. Am 1. Dezember hielt Bebel eine programmatische Rede zur Kolonialpolitik, in der er unter anderem ausführte:

„Meine Herren, daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanischen sind, zu fremden Völkern als Befreier und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu nützen, dann sind wir damit einverstanden.“³⁾

Auch Ledebour griff in die Debatte ein. Er schlug vor, durch Verweigerung der Mittel die Regierung zum Friedensschluß in Südwestafrika zu zwingen. Zum Konflikt kam es, als Reichskanzler von Bülow erklärte, man könne es sich nicht vom Reichstag vorschreiben lassen, wieviel Truppen die Regierung für kriegerische Operationen brauche. Als der Antrag der Regierung mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt worden war, wurde der Reichstag aufgelöst.

Bei den als sogenannte „Hottentottenwahlen“ in die Geschichte eingegangenen Neuwahlen im Januar 1907 erhielt die Sozialdemokratie nur noch 43 anstelle von 81 Mandaten. Dieses Ergebnis führte zu einer intensiven Debatte um das Problem der Kolonialpolitik, bei der schließlich zwei Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie in Erscheinung traten. In einer Analyse der Reichstagswahl beschäftigte sich Parvus (= Helphand) mit diesem Problem. Er vertrat den streng orthodoxen Standpunkt; für ihn diene die Kolonialpolitik nur dazu, den Reichtum, den das Volk geschaffen hat und den es zur Deckung seines eigenen Bedarfs braucht, zu entziehen, zu vergeuden und das eigene und fremde Volk auszubeuten⁴⁾.

Parvus schreibt in seinem Buch „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch“: „Das sind Zusammenhänge und Wechselbeziehungen, die

³⁾ Protokoll über die Verhandlungen des SPD-Parteitagess Essen 1907, Berlin 1907, S. 132.

⁴⁾ Parvus, Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, Leipzig 1907, S. 17.

nicht erst von deutschen Assessoren geschaffen wurden, sondern aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation und der kapitalistischen Mehrwertsbildung sich ergeben. Darum zeigt die Kolonialgeschichte, solange sie unter der Herrschaft des Kapitals steht, und das ist noch immer und überall der Fall, eine breite Spur von Blut und Tränen hinter sich.“⁵⁾ Für ihn dient die Kolonialpolitik lediglich dazu, „den Banken und Industriekartellen die Kassen der Staatssteuern zu erschließen. Sie erfüllt insofern die gleiche Aufgabe wie die Kriegsrüstungen“⁶⁾.

„Orthodoxe“ gegen „Revisionisten“ auf dem internationalen Sozialistenkongreß 1907

Zu einer großen Auseinandersetzung über die Kolonialpolitik kam es auf dem internationalen Sozialisten-Kongreß in Stuttgart, der vom 18.—24. August 1907 tagte. Eine eigene Kommission unter dem Vorsitz des Holländers van Kol sollte eine Resolution zur Kolonialfrage entwerfen. In dieser Kommission waren von der SPD Wilhelm Bock (Gotha), Dr. Eduard David (Mainz), Georg Ledebour und Emanuel Wurm (beide Berlin) vertreten. Dr. David, der zu den Revisionisten gehörte, wollte eine Wende in der Einstellung zur Kolonialpolitik herbeiführen und ergriff als erster das Wort. Er betonte, daß es nicht genüge, Resolutionen zu wiederholen, sondern daß „es darauf ankomme, praktische Direktiven zu geben und zu erklären, daß die Sozialdemokratie die Art, wie die bürgerliche Welt heute kolonisiere, verurteile, daß sie aber ihren ganzen Einfluß aufbieten müsse, um sowohl die koloniale Bevölkerung wie die kolonialen Naturschätze gegen kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Das sei dasselbe, was die Sozialdemokratie in den Kulturländern dem Kapitalismus gegenüber durch Schaffung der Arbeiterschutzgesetze tue“⁷⁾. Er berief sich dabei auf das bereits oben angeführte Zitat aus der Reichstagsrede von August Bebel.

Ledebour, der zum linken Flügel der Partei gehörte, widersprach sofort mit aller Entschiedenheit. Für ihn war die damalige Kolonialpolitik das unvermeidbare Resultat des Kapitalismus. Er forderte, die Ausbeutung in den Kolonien müsse grundsätzlich bekämpft werden. In der gleichen Richtung argumentierte Wurm, der sich für die Verwerfung jeder Kolonialpolitik aussprach und vor einer Opportunitätspolitik gegenüber den Herrschenden warnte. Die Meinung der nichtdeutschen Delegierten war geteilt. Der Belgier Ter-

Auch nach den Wahlen, die unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Kolonialpolitik von der SPD verloren worden waren, wurde die Linie der Opposition gegen die kolonialfreundliche Reichstagsmehrheit beibehalten. Am 6. März 1907 gingen Bebel und Ledebour in scharfen Formulierungen gegen die Reichsregierung vor. Vor allem warnten sie, die Schutztruppe zu einer wirklichen Kolonialarmee auszubauen. Darüber hinaus würden die Ausgaben für die Kolonien nur die Verschwendung schwer aufzubringender Steuergroschen bedeuten.

wagne, der Franzose Rouanet und der Österreicher Pernerstorfer glaubten, daß eine Kolonialpolitik unter einer sozialistischen Regierung zivilisatorisch wirken könne. Gollerstepper (USA), Pepin (Belgien) und Karski (Polen) neigten dagegen mehr Ledebour zu. Bei der Ausarbeitung der Resolution konnte sich David nicht durchsetzen. Sein Vorschlag: „In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Zungen zur höchsten Kultur emporführen will, sieht der Kongreß in der kolonialen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturzieles der sozialistischen Bewegung“, wurde abgelehnt⁸⁾. Er war aber einverstanden mit der Formulierung von Kols: „Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen der Kolonialpolitik allgemein, besonders aber für die Arbeiterklasse stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisierend wirken können“⁹⁾. Die Revisionisten, die hinter dieser Formulierung standen, setzten sich im Ausschuß durch. Ledebour protestierte heftig und betonte, daß er vor dem Plenum Stellung nehmen werde.

Am 21. August beschäftigte sich der Gesamtkongreß mit der Kolonialpolitik. Neben der Mehrheitsresolution wurde eine von den Delegierten Ledebour, Wurm (Deutschland), de la Porte, Bracke (Frankreich) und Karski (Polen) unterzeichnete Gegenresolution vorgelegt. Als

⁵⁾ Parvus, a. a. O., S. 65

⁶⁾ Parvus, a. a. O., S. 119.

⁷⁾ Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart 1907, Protokoll, Berlin 1907, S. 110.

⁸⁾ Int. Kongreß, a. a. O., S. 111.

⁹⁾ Int. Kongreß, a. a. O., S. 112.

Berichterstatter führte van Kol aus, daß sich in der Kommission sozusagen zwei Tendenzen gegenübergestanden hätten, eine negative und eine positive. Van Kol stellte sich auf die Seite der Revisionisten und betonte, daß man nicht mehr an die Katastrophentheorie glaube und daß es nicht genüge, lediglich gegen den Kapitalismus zu protestieren, sondern daß man auch dagegen handeln müsse. Die Resolution der Minderheit stehe im Gegensatz zu den Tatsachen und der Wahrheit. Man dürfe sich nicht in den Schmollwinkel stellen. Die deutsche Sozialdemokratie habe es versäumt, ein Kolonialprogramm aufzustellen. Sie sei geistig in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Es wäre Aufgabe des Kongresses, Millionen unglücklicher Eingeborener die Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch die Sozialdemokratie zu geben.

Der Führer der deutschen Revisionisten, Eduard Bernstein, verteidigte die Mehrheitsresolution. Er trat für eine positive sozialistische Kolonialpolitik ein: „Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien kurzweg zu verlassen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe.“¹⁰⁾ Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern sei eine Notwendigkeit. Auch unsere Wirtschaft sei auf die Kolonialprodukte angewiesen. Man müsse sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen. Die Ausführungen Bernsteins wurden mit Beifall und Zischen aufgenommen.

Als scharfer Gegner Bernsteins kam als nächster Ledebour zu Wort. Er wandte sich gegen den Vorwurf van Kols, daß die SPD nichts für die Kolonien getan hätte, und betonte die kritische Tätigkeit der Fraktion im Reichstag. In seinen weiteren Ausführungen bestritt Ledebour den Nutzen der Kolonien für den Arbeiter und zog dann besonders gegen Bernstein zu Felde, der sich im Burenkrieg auf die Seite der englischen Jingos gestellt hätte. Die Dummheit der Revisionisten werde von den Reaktionären sehr begrüßt. Unter großem Beifall beschloß Ledebour seine Ausführungen damit, daß er jede Bevormundung anderer Nationen ablehne.

Eduard David versuchte, den Ausschlußvorschlag zu retten. Er lehnte eine Abschaffung der Kolonien ab. Wenn man sie den Eingeborenen zurückgeben würde, dann herrsche dort nicht Humanität, sondern Barbarei. Zur Frage der Kulturmission berief er sich auf Bebel und seine Reichstagsrede vom 1. Dezember 1906. David glaubte, daß die Kolonien durch den Kapitalismus hindurch müßten, da man nicht

von der Wildheit in den Sozialismus springen könne. Das positive Ideal sei nur durch schrittweise Reformen zu erreichen. Auch David, der durch Zwischenrufe Ledebours unterbrochen worden war, erhielt lebhaften Beifall.

Das Interesse an der Kolonialfrage war so groß, daß die Debatte auch am nächsten Verhandlungstag, dem 22. August, fortgesetzt werden mußte. Der Pole Karski sprach sich für die Minderheitsresolution aus und wandte sich gegen das „Protzen“ mit der Kultur des Abendlandes. Es gäbe noch andere alte Kulturen als die des europäischen Kapitalismus. Der Engländer MacDonald (später Ministerpräsident) war für die Mehrheitsresolution, um praktische Arbeit leisten zu können, während Bracke (Frankreich) die Mehrheitsresolution ablehnte, weil sie die kapitalistische Kolonialpolitik nicht unbedingt verurteile.

In dieser Phase der Auseinandersetzung ergriff nun der „Cheftheoretiker“ der deutschen Sozialdemokratie, Karl Kautsky, unter stürmischem Beifall das Wort. Er zeigte sich überrascht über das plötzliche Auftreten einer „sozialistischen Kolonialpolitik“. Für ihn könne es keine sozialistische Kolonialpolitik geben, da Kolonialpolitik die Eroberung und gewaltsame Festhaltung eines überseeischen Landes bedeute. Kolonialpolitik müsse einer Zivilisationspolitik schädlich sein. Er wandte sich gegen Bernstein und sagte: „Bernstein wollte uns einreden, daß diese Politik der Eroberung eine Naturnotwendigkeit sei. Ich war sehr erstaunt, daß er hier die Theorie verfochten hat von den zwei Gruppen von Völkern, von denen die eine zum Herrschen, die andere zum Beherrschtwerden bestimmt sei. ... Das ist noch stets die Argumentation jeder Aristokratie gewesen, das war auch die Argumentation des amerikanischen Sklavenhalters im amerikanischen Süden, der sagte, die Kultur beruhe auf der Zwangsarbeit des Sklaven, und das Land würde in die Barbarei zurückfallen, wenn die Sklaverei beseitigt wäre. Diese Argumentation dürfen wir uns nicht aneignen.“¹¹⁾ Zum Abschluß seiner immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede plädierte er für die Annahme der Minderheitsresolution.

Nachdem Simons (USA) für und Rouanet (Frankreich) gegen die Minderheitsresolution gesprochen hatten, erhielt van Kol das Schlußwort. Er äußerte die Überzeugung, daß die Hilfe der Sozialdemokratie nicht nur den Arbeitern Europas zugute kommen dürfe. Die These Kautskys, daß Kolonialpolitik Eroberung

¹⁰⁾ Int. Kongreß, a. a. O., S. 28.

¹¹⁾ Int. Kongreß, a. a. O., S. 35.

rung darstelle, wies er als unwissenschaftlich zurück. Er wolle als Holländer nur darauf aufmerksam machen, daß die holländischen Sozialisten sich das Vertrauen von Millionen Javanern erworben hätten, während man von der deutschen Sozialdemokratie in Afrika überhaupt nichts wisse, weil sie bisher ihre Pflicht

nicht erfüllt hätte. Natürlich könne man nicht wehrlos zu den Eingeborenen kommen, man müsse mit den Waffen in der Hand dorthin gehen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nenne. Die Zeit der Phrasen sollte endlich vorbei sein. Er hoffe, daß die Majoritätsresolution mit großer Mehrheit angenommen werde.

Abstimmung zugunsten der Minderheitsresolution

Am Nachmittag ließ der Tagungspräsident Singer abstimmen. Zuerst wurde der Abänderungsantrag der Minorität zur Abstimmung gestellt. Unter stürmischem Beifall wurde die Minderheitsresolution mit 127 zu 108 Stimmen angenommen. Dagegen waren die Deutschen, Österreicher, Böhmen, Belgier, Dänen, Holländer, Schweden, Südafrikaner, zwölf Franzosen, 14 Engländer und vier Italiener, während die österreichischen Italiener, die Ruthenen, Australier, Argentinier, Bulgaren, Spanier, Nordamerikaner, Finnen, Japaner, Ungarn, Polen, Russen, Rumänen, Serben, Norweger, zehn Franzosen, sechs Engländer und elf Italiener dafür stimmten. Die Schweizer enthielten sich der Stimme.

Bei der Gesamtabstimmung entschieden sich alle Delegierten, mit Ausnahme der Holländer, die sich der Stimme enthielten, für die Resolution in der Fassung der Minderheit. Zu einem bemerkenswerten Zwischenfall kam es noch, als David für die deutsche Delegation zunächst mit Nein stimmte. Nach einer scharfen Kontroverse in der deutschen Delegation ergab sich nach einer Abstimmung innerhalb der deutschen Vertreter eine große Mehrheit für Ja. Der linke Flügel hatte damit einen klaren Sieg errungen.

Die Resolution lautete in der endgültigen Fassung:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten. Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Versklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische, verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die

sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwicklung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten. Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.

Er bestätigte von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Völker zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückung ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwicklung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese

Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu ver-

bessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.“¹²⁾

Differenzen — „nur ein Streit um Worte“?

Für die deutschen Delegierten war die Diskussion damit nicht abgeschlossen. Wenige Wochen später trafen sich die Kontrahenten auf dem Parteitag zu Essen wieder.

Der Berichterstatter über den internationalen Kongreß auf dem Parteitag, Paul Singer, versuchte Öl auf die stürmischen Wogen zu gießen. Es entsprach ganz dem Stil der Sozialdemokraten der damaligen Zeit, interne Auseinandersetzungen einfach zu übergehen und sich nach außen hin einig zu zeigen. Auch Paul Singer versuchte in seinem Bericht, die Auseinandersetzung um die Kolonialpolitik als einen Streit um Worte darzustellen, obwohl die Parteipresse in den vergangenen drei Wochen den Fragen der Kolonialpolitik die Spalten geöffnet hatte. Singer betonte, daß die schließlich angenommene Resolution von Stuttgart der auf dem Mainzer Parteitag 1900 beschlossenen Kolonialresolution entspreche. „Es liege kein Grund vor, nach dieser Richtung irgendwelche Differenz in der Partei zu konstruieren. Die Ausführung, die in Stuttgart den Standpunkt vertrat, daß man grundsätzlich die Berechtigung einer Eroberungs-, Bevormundungs- und Ausbeutungspolitik gegenüber in der Kultur niedriger stehenden Völkern berechtigt finden müsse, diese Ausführung ist zum Glück so vereinzelt von deutscher Seite gemacht worden, daß ich es nicht für wichtig genug halte, darauf näher einzugehen.“¹³⁾ Wenn Singer glaubte, durch diese Ausführungen einer Diskussion um die Kolonialfrage ausweichen zu können, so sah er sich getäuscht.

Der streitlustige Ledebour trat sofort in die Arena des Parteitages und bezeichnete es als einen Irrtum, wenn man glaube, daß es sich nur um einen Streit um Worte handle. Tatsächlich ging es hier um eine prinzipielle Auseinandersetzung. Ledebour sagte, man wolle durch den Begriff „sozialistische Kolonialpolitik“ eine gewisse Verschleierungstaktik betreiben, da er verschiedenartig ausgelegt werde. Er — und wohl auch Bebel — verstehe darunter Kulturverbreitung unter fremden Völkern. Was aber auf dem Stuttgarter Kongreß zum erstenmal „sozialistische Kolonialpolitik“ genannt worden sei und was Bernstein, David und van Kol befürwortet hätten, das sei die

Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern. Van Kol sei sogar soweit gegangen zu sagen, daß man eventuell mit den Waffen in der Hand zu den Eingeborenen kommen müsse. Die Propagierung solcher Grundsätze könnten die Sozialisten unter keinen Umständen dulden, denn sie bedeuteten für die eigenen Grundsätze einen Schlag ins Gesicht.

Nachdem der Wilhelmshavener Delegierte Wagner die Kolonialpolitik strikt abgelehnt hatte, ergriff August Bebel selbst das Wort. Auch er versuchte — ähnlich wie Singer — die Auseinandersetzung als nicht prinzipiell darzustellen. Er sagte, wenn er an der Stuttgarter Debatte über Kolonialpolitik hätte teilnehmen können, würde er einfach die Mainzer Resolution vorgeschlagen haben. Die Frage, ob es eine sozialistische Kolonialpolitik gebe, hätte er gar nicht in die Erörterung gezogen, da sie reine Zukunftsmusik sei. Es zeigte sich die Planlosigkeit dieser damals im Prinzip planwirtschaftlichen Partei, daß Bebel unter der Heiterkeit der Delegierten feststellen konnte, die SPD hätte nicht gewußt, was sie mit den Kolonien anfangen sollte, wenn sie an die Herrschaft gelangt wäre. Seine Ausführungen im Reichstag erklärte er damit, daß er nur zeigen wollte, wie Kolonialpolitik gemacht werden sollte; die bürgerliche Gesellschaft hätte dies aber ohnehin nicht als Richtschnur annehmen können. Für die Sozialdemokraten gelte für die Kolonialpolitik das Parteiprogramm, in dem es heiße:

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie heute schon nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“¹⁴⁾

¹²⁾ Int. Kongreß, a. a. O., S. 39/40.

¹³⁾ Protokoll Parteitag, a. a. O., S. 267.

¹⁴⁾ Protokoll Parteitag, a. a. O., S. 272.

Im Parlament versuche die Partei, in der Kolonialpolitik den Eingeborenen zu helfen, ebenso wie sie für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft eintrete. Er endete mit dem Satz, daß alles, was darüber hinausgehe, unnötiges Kopfzerbrechen sei, das sich Theoretiker und Nichttheoretiker gemacht hätten.

Auch am nächsten Tag wurde die Debatte um die Kolonialpolitik fortgesetzt. Wieder ergriff Ledebour als erster das Wort. Er begrüßte es, daß Bebel sich hinter die Stuttgarter Resolution gestellt habe, und bedauerte es, daß sich David dazu nicht äußere. David habe nämlich im Gegensatz zu Bebel ein Zukunftsprogramm gefordert und sei darin vor allem von dem Österreicher Pernerstorfer unterstützt worden. Besonders bedauerlich sei auch, daß die Revisionisten Bebel für sich als Kronzeugen angeführt hätten.

Nun meldet sich auch David zu Wort. Er betonte, daß er sich zu Recht auf Bebel berufen hätte, da seine Stellungnahme in allen Agitationsmitteln der Partei verwendet werde. Als Unterstellung Ledebours wies er den Vorwurf zurück, daß er eine Konzession in Richtung an die heutige Raubpolitik hätte machen wollen. Er sei aber der Meinung, daß es wünschenswert und erforderlich sei, auf alle zurückgebliebenen Völker kulturell erzieherisch zu wirken.

Der Düsseldorfer Delegierte Laufenberg betonte, daß der Streit in Stuttgart keine Lappalie gewesen sei, da die Mehrheit der deutschen Delegierten die Haltung der deutschen Partei im letzten Wahlkampf desavouieren wollte. Wenn im ersten Satz der Resolution van Kols gesagt werde, daß der Wert der kapitalistischen Kolonialpolitik beträchtlich übertrieben werde, dann sei in versteckter Weise ausgesprochen, daß die gegenwärtige kapitalistische Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse nützlich wäre. Leider habe Bebel nach dem Kongreß nicht klar genug Stellung genommen.

Wurm aus Berlin, der schon in Stuttgart den Majoritätsbeschluß bekämpfte, unterstrich, daß Ledebours Ausführungen den Tatsachen entsprächen. Er wandte sich vor allem gegen den Delegierten Fischer, der am 5. September auf einer Versammlung in Berlin Ledebours Verhalten angegriffen habe, und betonte, daß sein negativer Standpunkt zu einer Aufgabe der Kolonien führen würde. Damit sei Fischer offensichtlich zu einem Befürworter der Kolonien geworden. Wurm erinnerte an den Verlauf des Stuttgarter Kongresses, bei dem Laufenberg nur durch die Drohung, er würde einen Skandal verursachen, die Ermöglichung

einer zweiten deutschen Delegationssitzung erreichen konnte, wo dann wenigstens ein Satz der Resolution neu formuliert worden sei. Wurm betonte anschließend, daß er mit aller Entschiedenheit dagegen auftreten mußte, daß eine Konzession an die bürgerliche Kolonialpolitik in die Resolution hineingebracht worden wäre. Kautsky, der als nächster das Wort ergriff, war erstaunt, daß er seinen Standpunkt nicht zu verteidigen brauchte, da im Gegensatz zu Stuttgart niemand vorgab, eine andere Anschauung zu haben. In Stuttgart hätte die Mehrheitsresolution ein Hintertürchen bilden sollen, um möglichst viele Konzessionen an die bürgerliche Kolonialpolitik einschmuggeln zu können. Dagegen hätte er auftreten müssen. Wenn David jetzt erkläre, er stehe auf dem Standpunkt der Mainzer Resolution, so sei ihm das unverständlich. In Stuttgart habe er etwas anderes vertreten. Wenn man ihm — Kautsky — Disziplinbruch vorwerfe, dann könne er nur sagen, für die Verteidigung der Grundsätze des sozialdemokratischen Programms breche er gern die Disziplin. Er hoffe, daß der Parteitag die Minderheitsresolution von Stuttgart mit erdrückender Mehrheit annehmen werde.

Auch Karl Liebknecht unterstützte Ledebour und Wurm. Er betonte vor allem, daß der Ausdruck „Sozialistische Kolonialpolitik“ sprachlich unmöglich sei, da das Wort Kolonie den Begriff Bevormundung und Abhängigkeit einschließe. Er sei froh darüber, daß die Minderheitsresolution angenommen worden sei.

Die beiden Berliner Delegierten Arthur Stadt-hagen („Die Behauptung, daß die Kolonialpolitik den Arbeitern Vorteile bringt, ist eine Unwahrheit, wie sie größer nicht sein kann“) und Hans Block machten sich den Standpunkt Ledebours zu eigen, wobei Block vor allem das kritiklose Verhalten sozialdemokratischer Parteiblätter rügte.

Nun ergriff David noch einmal das Wort. Er wandte sich gegen den Vorwurf von Kautsky, daß er die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Kolonialpolitik bejaht hätte. David meinte, wenn es heiße, die Nützlichkeit werde übertrieben, dann sei noch lange nichts über die Notwendigkeit ausgesagt. Auch den Begriff Bevormundung will er nur im Sinne von Erziehung verstanden wissen. David betonte noch einmal, daß seine Ansicht mit dem übereinstimme, was bisher in der Fraktion und sonst vertreten worden sei.

August Bebel versuchte nun ein zweites Mal, die Wogen zu glätten. Er betonte, daß nach seiner Meinung beide Teile daran Schuld hätten, daß es zu dieser auch für den internatio-

nenal Kongreß unangenehmen Debatte gekommen wäre. Mit Ausnahme Bernsteins habe aber die ungeheure Mehrheit, auch David, den bisherigen Standpunkt der Partei in der Kolonialfrage vertreten. Da aber im Augenblick weder in Deutschland noch sonstwo zu erwarten sei, daß der Sozialismus so erstarke, daß er selbständig Kolonialpolitik treiben könne, sei es Zukunftsmusik, darüber zu streiten.

Nachdem Fischer und Block sich über die Berichte in sozialdemokratischen Zeitungen in die Haare geraten waren, griff Kautsky noch einmal David an. Er warf ihm vor, daß er sinngemäß dafür eingetreten sei, daß in den Kolonien der Kapitalismus entwickelt werden müßte. Außerdem hätte er van Kol unterstützt, der der Meinung war, daß die Kolonien die Überbevölkerung aufnehmen sollten und außerdem das geeignete Absatzgebiet für die Industrie darstellten. Dies sei aber der reine „Dernburg“. Wenn David sich jetzt allerdings auf denselben Standpunkt wie er stelle, habe er nichts dagegen.

Damit war die Debatte beendet. In einer persönlichen Bemerkung wies David die letzten Ausführungen Kautskys als Unterstellungen zurück. Die Abschaffung der Kolonien sei heute undenkbar, weil das einfach der Raub- und Mordpolitik gegenüber den Eingeborenen freie Hand lassen hieße.

Der Berichterstatter Paul Singer bedauerte in seinem Schlußwort den häßlichen Streit. Er glaubte, feststellen zu können, daß sich die Sozialdemokraten „kraft ihrer programmatischen Grundsätze und kraft ihres Klassenstandpunktes“ gegen eine Eroberungs- und Raubpolitik der Gesellschaft erklären. Die übergroße Majorität der Partei stehe, wie die Debatte gezeigt habe, auf dem Boden der Mainzer Resolution, die in Stuttgart bestätigt worden sei. Er beantragte, den Beschluß des Stuttgarter internationalen Kongresses zu billigen. In der Abstimmung erhielt der Stuttgarter Beschluß einmütig die Bestätigung. Nach zweitägigen harten Auseinandersetzungen gab der Parteitag nach außen hin ein einheitliches Bild ab.

Zunehmender Einfluß der Revisionisten bis 1914

Die Debatten auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart und auf dem Parteitag in Essen haben gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei in den Fragen der Kolonialpolitik nur nach außen hin ein klares Bild gab. Die Auseinandersetzungen waren nicht ein Streit um Worte, sondern tatsächlich das Ringen zweier verschiedenartiger Auffassungen. Es war typisch für die Lage der Partei, daß sich das „Zentrum“ mit August Bèbel an der Spitze um die Kolonialpolitik keine Sorgen machte. Für sie war es Zukunftsmusik. Die Sozialdemokratie mußte allerdings 1918 das koloniale Erbe nicht antreten, da durch den Ausgang des Krieges Deutschland von der Last der Kolonien befreit war.

Die Auseinandersetzungen um die Kolonialpolitik waren nur ein Teil der Differenzen zwischen den orthodoxen Marxisten und den sogenannten Revisionisten. In den von Joseph Bloch herausgegebenen „Sozialistischen Monatsheften“ hatten Schippel, Calwer, Heine, David, Leuthner, Noske, Maurenbrecher, Hildebrand und Bernstein ihr Forum, während Kautsky, Liebknecht, Hilferding, Parvus, Radek und Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“ ihren orthodoxen Standpunkt vertraten.

Auf dem Parteitag in Dresden 1903 war es zwischen Kautsky und Bernstein zu einem ersten Gefecht in der Frage der Revision der sozial-

demokratischen Haltung zur Kolonialpolitik gekommen. Der Essener Parteitag 1907 wurde zu einem wesentlichen Teil von den Kolonialdebatten beherrscht. Die Partei selbst war allerdings nicht reif für diese Diskussion. Als auf dem Essener Parteitag zum parlamentarischen Bericht der Karlsruher Abgeordnete Anton Weißmann den Vorschlag machte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion solle sich einen Beirat für koloniale Fragen schaffen, da auf dem Gebiet der Kolonialpolitik nicht alles klar sei, erntete er nur Gelächter.

Die Revisionisten konnten sich gegen den linken Flügel, der vom „Zentrum“ der Partei gedeckt wurde, nicht durchsetzen. Sie billigten daher schon aus optischen Gründen die Stuttgarter Resolution.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges wurde aber auch ihr Einfluß größer. Nachdem früher von der Reichstagsfraktion der SPD Gelder für die Kolonien immer abgelehnt worden waren, stimmte sie 1912 für Bahnbauten in den Kolonien und bewilligte 1914 500 000 Reichsmark zur Erforschung von Petroleumlagern auf Neuguinea.

Vor allem der Gewerkschaftsflügel der Partei zeigte sich für die Kolonien aufgeschlossen, da nach seiner Meinung durch das ungeheure Anwachsen der Zahl der Arbeiter neue Absatz-

gebiete in den Kolonien zur Erhaltung der Industriekonjunktur nötig seien.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart die Revisionisten, vor allem auch im Ausland, eine verhältnismäßig starke Stellung hatten. Die Vertreter der Länder mit starkem Kolonialbesitz (MacDonald/Großbritannien, van Kol/Holland, Terwagne/Belgien) traten für die Mitarbeit der sozialistischen Parteien an der Kolonialpolitik in einem fortschrittlichen Sinne ein.

Die deutsche Sozialdemokratie war 1907 nicht bereit, diesen Weg zu gehen. Es gab keinen prominenten deutschen Sozialdemokraten, der auf eigene Erfahrung in den Kolonien zurück-

greifen konnte. Der klassenkämpferische Grundcharakter der deutschen Sozialdemokratie entschied lediglich danach, ob für den deutschen Arbeiter durch die Kolonialpolitik ein Nutzen erreicht werden konnte. Als dies verneint wurde, war die Entscheidung praktisch gefallen.

So orthodox die Sozialdemokratie in den Formulierungen ihres Programms war, so utopisch war sie in ihren Handlungen. Die ganze Frage wurde in die ferne Zukunft verschoben. Wenn man einmal an der Macht sei, werde man sich schon damit beschäftigen. Der Ausgang des Ersten Weltkrieges befreite die Sozialdemokratie davon, diesen Wechsel einzulösen zu müssen.